

„Berlin sucht Lösung in der Euro-Krise“¹ und bindet sich vorher die Augen zu!

oder

Wie der rechtsradikal motivierte Mord erhalten muß,
um vom Versagen der Politik abzulenken

Eine Themenbewältigung in 4 Versuchen und Thesen

von

Tristan Abromeit

Ende November - Anfang Dezember 2011

www.tristan-abromeit.de

Text 98.0

1. Versuch: Unsere neue Schuld / S. 2

2. Versuch: Nicht Personen verteufeln, sondern Strukturen beleuchten / S. 8

3. Versuch: Über den Rand hinaus schreiben / S.14

4. Versuch: "Schuldenkrise / Ist Europa noch zu retten?" / S. 22

Thesen – Eine Zusammenfassung und Hintergrund meiner ökonomischen
Aussagen zur Euro- und Schuldenkrise / S. 35

Anhang

Text 98.1

Mitteilungen der LSP an die Presse aus dem Jahr 1968
von T.A.

(4) Stellungnahme zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke
und die dadurch ausgelösten Demonstrationen

(9) Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR

(11) Stellungnahme der LSP zum Begehren auf das Verbot der NPD

Text 98.2

Die Methode „Haltet den Dieb!“
als dominantes Prinzip deutscher Politik
oder

Die Innenminister als Drachentöter,
die den selbst gezüchteten Drachen NPD töten wollen aber nicht wirklich können.

1 Schlagzeile auf der Titelseite der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 29. November 2011

1. Versuch: Unsere neue Schuld ²

Mir ist schlecht, weil das Thema unerfreulich ist und weil mir mein Gewissen nicht erlaubt, mich vor einer Stellungnahme zu drücken. Wohl dem, der politisch uninteressiert ist und daher gegenüber den Meldungen der Medien unempfindlich ist oder seine verängstigte Seele in einem Konzert gegen Rechtsradikalismus beruhigen kann. Womit soll ich anfangen: Damit, daß ich Volkswirte im allgemeinen für respektable Menschen aber doch für gefährlicher halte als mordende Rechtsextreme? Daß ich nicht eindeutig erkennen konnte, ob die Betroffenheit der politischen Klasse über die Morde der vergangenen Jahre, denen ein rechtsextremer Hintergrund zugeordnet werden kann, aus reinem Herzen kam oder nur eine Möglichkeit war, dem arg verunsicherten und gebeuteltem Volk zu zeigen, daß sie, die PolitikerInnen - zu den Guten gehören und nicht - wie zunehmend berechtigt vermutet wird - zu den Bösen. Da höre ich Parteien-Vertreter nach einem Verbot der NPD rufen und vermisse ihr Bekenntnis zum eigenen Verfassungsverrat.

Mir wurde gelehrt, daß es keine Kollektivschuld gäbe; aber gleichzeitig wurde gesagt, daß ich und meine Generation, die in die Nazizeit hineingeborenen wurde, haftbar sei, für das, was die Väter- und Großvätergeneration angerichtet hätten. Ich habe wahrgenommen, daß die deutsche Politik die Schuld aus der Vergangenheit gegenüber den Juden tilgen wollte und dabei durch dieses Bemühen in Kauf nahm, ein anderes Volk, die Palästinenser, ins Unglück zu stürzen. Die Benennung des neuen Unrechts der Deutschen wird einem aber auch bei ausgeprägter Empathie für die Juden als Antisemitismus angekreidet. Wenn aber die eigene Wahrnehmung von Bürgern und ihr kritisches Urteil nicht ausgesprochen werden darf, ohne gesellschaftlich gebrandmarkt zu werden, dann ist das ein Förderungsprogramm für Antisemitismus - und im weiteren Zusammenhang auch für Fremdenfeindlichkeit. Ich habe noch nie gehört oder gelesen, daß die deutsche Politik die israelische Friedensbewegung auch nur einen Bruchteil der materiellen und ideellen Zuwendung hat zukommen lassen wie die Kräfte, die in Israel das Sagen haben, die aber nach unseren Kriterien, würden sie Teil unserer Gesellschaft sein, sicher Objekt des Verfassungsschutzes wären. Vernommen habe ich aber wohl jüdische Stimmen, die von dem verordneten oder aus dem eigenen Schuldgefühl geborenen Philosemitismus peinlich berührt waren. Warum wird bei uns Juri Avnery sowenig gehört, dem von den eigenen Leuten die Finger gebrochen wurden? (<http://www.uri-avnery.de/rachel>) Warum können oder dürfen wir bei uns und anderswo Juden nicht einfach als „Menschen wie du und

2 Eigener Text 1 1/2-zeilig, linksbündig, in Times New Roman geschrieben. Zitate einzeilig, zentrisch in Bookman Old Style wiedergegeben.

ich“ wahrnehmen und begegnen? Es geht bei alledem nicht um Schuldzuweisung und Rechtfertigungen der einen oder anderen Seite, sondern es geht einfach um die Einforderung von Gerechtigkeit zwischen den Menschen und Völkern, ohne die es keinen Frieden und einvernehmliches Miteinander geben kann.

In diesen Tagen erhielt ich ein Dokument, in dem sich Christen in Palästina mit ihrer Lage auseinandersetzen.³ Wenn ich das richtig verstanden habe, fühlen sich die palästinensischen Christen von den Christen der westlichen Welt und damit auch von den Deutschen verraten. Es wird dieses In-Stich-gelassen-werden zwar vorsichtig ausgedrückt, indem ihnen gegenüber erst Dank ausgesprochen wird, dann aber klar gesagt wird:

Es ist aber auch ein Ruf zur Umkehr, zur Korrektur fundamentalistischer theologischer Positionen, die gewisse ungerechte politische Optionen in Bezug auf das palästinensische Volk unterstützen.

Es ist ein Aufruf, sich an die Seite der Unterdrückten zu stellen und das Wort Gottes als frohe Botschaft an alle zu bewahren, anstatt es in eine Waffe zu verwandeln, mit der die Unterdrückten getötet werden. Das Wort Gottes ist ein Wort der Liebe zu Seiner ganzen Schöpfung. Gott ist nicht der Verbündete einer Seite gegen eine andere, und auch nicht der Gegner des einen gegenüber dem anderen. Gott ist der Herr aller, er liebt alle, er fordert Gerechtigkeit von allen und gab uns allen dieselben Gebote. Wir bitten unsere Schwesterkirchen, keinen theologischen Deckmantel für das Unrecht anzubieten, unter dem wir leiden, oder über die Sünde der Besetzung, die uns aufgezwungen worden ist. Unsere Frage an unsere Brüder und Schwestern in den Kirchen heute lautet: Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen? Denn das ist die einzige Möglichkeit, beiden Völkern zu Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Liebe zu verhelfen.

Seite 10

Ein weiterer Text, den ich mit gleicher Sendung bekam, ist von Peter Bingel, ev. Theologe, Schulleiter i. R., erstellt in enger Zusammenarbeit mit Winfried Belz, kath. Dipl.-Theologe, Klinikseelsorger i. R. Der Titel lautet:

Lesen Juden und Christen dieselbe Bibel?
Vom unterschiedlichen Gebrauch der Bibel und seinen politischen Folgen
im Nahostkonflikt

3 Da ich dieses Dokument im PDF-Format als E-Mail-Anhang bekommen habe, kann ich keinen Link vermitteln. Ich gebe daher zum Suchen im Netz den Kopf des Dokumentes wieder.

Ökumenischer Rat der Kirchen - *Nachrichten*

Kontakt: + 41 22 791 6153 +41 79 507 6363 media@wcc-coe.org

Sperrfrist: 11. Dezember 2009

Zur Veröffentlichung frei - 11/12/2009 10:37:00

AUFRUF PALÄSTINENSISCHER CHRISTEN UND CHRISTINNEN ZUR BEENDIGUNG DER BESETZUNG

Eine Gruppe palästinensischer Christen und Christinnen aus mehreren Kirchen und kirchlichen Organisationen veröffentlicht einen leidenschaftlichen und vom Gebet erfüllten Aufruf zur Beendigung der Besetzung Palästinas durch Israel.

Es folgt eine Verneinung. Die Christen würden das alte Testament symbolisch lesen, die Juden – wenn in der Mehrheit auch gar nicht religiös gebunden – als konkretes politisches Programm und es wird gefolgert:

Es ist also festzuhalten: *Als Hebräische Bibel, traditionell-christlich gesprochen, als Altes Testament, hat die Bibel gegenwärtig im Nahen Osten eine verheerende Wirkung. Sie predigt, in entsprechenden Partien gelesen, gerade in der heutigen Situation jede Form von Menschenverachtung, Raub und Unterdrückung gegenüber nichtjüdischen Völkern. Wenn es einen Weltindex der verbotenen Texte gäbe, müssten Teile dieser Bibel wegen Volksverhetzung auf diesen gesetzt werden.* (S.10 f.)⁴

Das Böse trägt nicht immer eine Fratze, wie es mal wieder versucht wird, mit den Bildern von Rechtsradikalen darzustellen, sondern es kommt oftmals daher im Kleide der Wohlanständigkeit. Es kann sich sogar im Willen zur guten Tat verstecken, wenn die Rahmenbedingungen der guten Tat nicht beachtet werden. Mir sind die Worte von der Banalität des Bösen von Hannah Arendt in den Sinn gekommen. Ich habe ihr Buch *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen* und auch andere Bücher von ihr nicht gelesen, sondern nur Berichte über sie. Aber ein Blick in das Stichwort *Hannah Arendt* in Wikipedia hat mir bewußt gemacht, daß ich etwas versäumt habe.

(http://de.wikipedia.org/wiki/Hannah_Arendt#Essays.2C_Artikel_und_kleine_Schriften)

In der Sonderausgabe *Kinder in Not* eine Beilage der *Welt am Sonntag* vom 27. November 2011 steht im Untertitel:

Alle dreieinhalb Sekunden verhungert ein Mensch. Hilfswerke lindern die Not. Doch dauerhaft müssen Politik und Wirtschaft das Problem lösen, denn chronischer Hunger ist keine Frage fehlender Ressourcen, sondern der Verteilung.

Die Sprache ist hier verharmlosend. Das, was gestern, heute und morgen in der Welt geschieht, ist Massenmord. Und an diesem Massenmord sind wir Deutschen, ist unser Bundestag, unsere Sozialwissenschaften insbesondere die Wirtschaftswissenschaft maßgebend mit verantwortlich. Denn dieser Massenmord hat seine Fehler in der Ökonomie, die die Deutschen schon in den Ersten, den Zweiten Weltkrieg und in den Nationalsozialismus getrieben haben. Uns Deutschen hätte es gut angestanden nach dem mörderischen Zweiten Weltkrieg und nach dem Massenmord unter der Naziherrschaft an Menschen, denen man unberechtigt

4 Hervorhebungen wie im Original

das Elend in Deutschland in die Schuhe geschoben hat - die wie sie und ich nach ein bißchen Lebensglück strebten - eine Wiedergutmachung der Gestalt zu leisten, daß die Menschheit zu einer Wohlstand und Frieden schaffenden Ökonomie gekommen wäre. Die vorhandenen Ansätze dazu wurden ignoriert, mißachtet und durch Verleumdung unterdrückt. Der Terrorismus in der Welt und die Ökonomien in Rußland, China und den USA - die irgendwann in Bürger- oder in einem weiteren Weltkrieg enden werden, haben unter anderem mit dem Versagen der verantwortlichen Generationen des Nachkriegsdeutschlands zu tun. Deutschland hätte nach der schuldbeladenen Phase des Nationalsozialismus nicht durch Geld – das den nicht von Schuld Betroffenen vom Staat abgepreßt wurde -, sondern durch eigene böse Erfahrungen geläutert, der Welt eine ideelle Hilfestellung geben können, die den Weg freigemacht hätte zu einem allgemeinen Wohlstand in der Welt. Aber dadurch, daß es das Bekenntnis, die alleinige Schuld an allen Übeln dieser Welt zur antidemokratischen Staatsräson erhoben wurde, haben die herrschenden Parteien Deutschland in einen Zustand von politischer Blindheit und Lähmung manövriert, die zu einer Unterlassung der Hilfeleistung der Völker in Not geführt hat.⁵ Die Nürnberger Prozesse gegen Deutsche werden sich aus ganz anderen Gründen und in anderer Form wie die ursprünglichen wiederholen. Dies gilt auch besonders für die jetzige Politik in der Euro-Krise, die eine Deutschen-Feindlichkeit fördert und den Nationalismus durch Demütigungen der Völker und den Mangel an Geborgenheit in einer gerechten Ökonomie wieder aufleben lassen wird.

Ich weiß, solche Formulierungen decken sich nicht mit der Interpretation der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit durch die politische Klasse. Die Aussage der Kommunistin Rosa Luxemburg „Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden“, ist immer noch ein unerreichtes Ideal. Erwartet wird, daß der brave Bürger wie eh und je mit den Wölfen - den Herrschenden - heult oder im Takt mit den Vorsängern - die verbeamtet den Blick über den Tellerrand hinaus nicht erlauben - singt. Aber gerade diese Erwartung ist eine Gefährdung unserer Gesellschaft, sie hat die Deutschen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalismus ins Verderben geführt und die Entwicklung der BRD und das vereinigte Deutschland in der Entwicklung gehemmt. Die Unterdrückung und Reglementierung der Meinungsfreiheit ist ein Instrument von autoritären Regimen und nicht von Demokratien. Die Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit in Gestalt von Gesetzen, die das werbende Wort für die Diktatur des Proletariats, für einen Führer, einen Kaiser oder gegen

5 Es wird hier nicht von „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“ gesprochen, sondern von Sachzusammenhängen.

die Zuwanderung geworben werden darf, ist der „beste Weg“, politisch motivierte Morde zu fördern. Eine Gesellschaft, in der man glaubt, ihren Bestand durch Meinungsregulierung schützen zu müssen, hat den Status *freiheitlich* noch nicht erreicht. Die Hauptstütze einer freiheitlichen Gesellschaft sind nicht Meinungs-, Werbe- und Parteienverbote, sondern ihre Entwicklung in einen Stand, in der sich die Menschen wohl fühlen. Der Wohlstand ⁶ ist die beste Verteidigung einer freien Gesellschaft mit offenen Grenzen. Ein Wohlstand der mündigen und freien Bürger, die nicht der Herrschaft von Ökonomiebürokraten und Sozialpolitikern ausgesetzt sind, macht sie immun gegen Heilsversprechen von linken und rechten Propagandisten. Aber weil dieser Wohlstand von unseren Parteien, die mehrheitlich die Plätze in den Parlamenten mit demokratisch nicht astreinen Mitteln errungen haben, verweigert wird oder aufgrund ihrer Vorstellungen nicht geschaffen werden kann, ist unsere Gesellschaft zunehmend wie zu Weimarer Zeiten in Gefahr.

Dem Volk wird suggeriert, daß die Verbesserung des Verfassungsschutzes und ein NPD-Verbot diese Gefahr bannen könnte. Es ist eine Lüge oder wenigstens eine irriige Annahme. Der wirkliche Schutz gegen den Untergang unserer Republik ist nicht so billig zu haben. Der Preis für die Sicherung unserer Republik ist, daß wir unsere ökonomischen Probleme lösen, in der Bemessung der Schuld der Deutschen gerecht sind und dem Volk das ihr zustehende Verfassungsgebungsrecht gewähren. Wie lautet es in der Präambel und im Artikel 146 des Grundgesetzes (in der Fassung von 1958)?

Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier
Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.
(Schlußsatz der Präambel)

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage,
an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen
Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.
(Artikel 146 GG)

In einer Ausgabe des Grundgesetzes von 1997 - die mir vorliegt – heißt es unter (2) in der Präambel.

Die Deutschen in den Ländern ... haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

Und der Artikel 146 lautet nun:

⁶ Mit Wohlstand ist nicht die staatliche Fürsorge von Bürgern im Status des Mündel gemeint.

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Eingedenk der Tatsache, daß auch von Nazigegnern die Einführung der Demokratie und das Grundgesetz der BRD als ein Oktroy, als etwas Aufgezwungenes, empfunden wurde, wäre die Vereinigung von DDR und BRD nicht nur aufgrund der Vorgaben des Grundgesetzes der Zeitpunkt gewesen, unserer Demokratie den Geburtsmangel zu nehmen und das Versprechen des ursprünglichen Grundgesetzes einzulösen. So wie die Vereinigung und der Umgang mit dem Grundgesetz durch die politische Klasse gelaufen ist, ist der Schlußsatz in der neuen Präambel zu einer politischen Lüge geworden. Als die Menschen aus der ehemaligen DDR hier mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ ankamen, wurden sie von den Parteien der BRD belehrt, indem wortlos gesagt wurde: „Irrtum! Wir, die Regierung und das Parlament sind das Volk!“ Die Deutschen als Gesamtheit waren weder nach dem zweiten Weltkrieg noch nach der Vereinigung an der Formulierung und Beschlußfassung ihrer Verfassung beteiligt. Die politischen Akteure der Mitte – die immer Gefahr laufen, in die Mittelmäßigkeit fauler Kompromisse abzugleiten – sollten lieber ihre Hausaufgaben machen und nicht versuchen, sich häßliche Konkurrenten mit Hilfe des Verfassungsgerichtes vom Leibe zu halten.

Die heutige Fassung des Artikels 146 GG löst bei mir Fragen aus. War den Verfassern dieser Form bewußt, daß das ganze Verfahren ein Betrug am Volke war und wollten sie zur Beruhigung ihres Gewissen dokumentieren, daß die Deutschen als Gesamtheit das Recht haben, sich das Recht auf eine eigene Verfassungsgebung zu erstreiten oder war es die Einsicht, das jede neue Generation das Recht hat, sich seine eigene Verfassung zu geben. Thomas Jefferson, (1743 - 1826), Verfasser der Unabhängigkeitserklärung und dritter Präsident der USA, schrieb zu diesem Recht:

»Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufherrschen dürfen, die diese nicht sollen ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden.« (Brief an William Wirt, 30. Mai 1811 in: *The Writings of Thomas Jefferson*, Washington D. C., 1903)

(Entnommen aus: Ezra Pound: *Usura - Cantos XLV und LI*, Hrsg.: Eva Hesse, Zürich)

2. Versuch: Nicht Personen verteufeln, sondern Strukturen beleuchten

Der Text, der hier entsteht, ⁷ ist eine Reaktion über die Meldungen der Medien zum Komplex der Euro-Krise und zu der Offenlegung der rechtsradikal motivierten Verbrechen, die besonders schlimm dadurch sind, daß sie an Menschen erfolgten, die nach Deutschland kamen, um hier eine neue Heimat zu finden. Daß ich mich als fast 78jähriger noch in das politische Zeitgeschehen einmische, hängt sicher damit zusammen, daß meine Generation, die in das "Dritte Reich" hineingeboren wurden, den Krieg und die Nachkriegszeit, den Kalten Krieg und die Wiederaufrüstung mit erlebt hat und auch - wie ich - Arbeitslosigkeit, soziale Not und Ausgrenzung am eigenen Leibe verspürt hat. Dieses Einmischen geht aber zu Lasten anderer Interessen und der Familie.

Gestern erhielt ich per E-Mail-Anhang einen 37seitigen, einzeiligen Text zu unserer bedrohlichen ökonomischen Situation, den sich ein Freund im Geiste, der Naturwissenschaftler mit Theologiestudium Friedrich Müller-Reißmann als Insasse eines Pflegeheimes abgerungen hat. Ihn treibt die gleiche Sorge, daß mal alles wieder schief geht, wenn nicht richtig gegengesteuert wird. (Ich bringe gleich noch ein Zitat.)

Heute bekam ich einen Link zu der Internetseite <http://www.realterm.de/ueberuns.php>. Ich habe nicht herausgefunden wer der Betreiber dieser Homepage ist. Aber in der Zeit, in der ich dieser Seite meine Aufmerksamkeit schenkte, fand ich bemerkenswerte Hinweise:

a) "Der Autor ist diplomierter Physiker und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den fundamentalen Gesetzmäßigkeiten unseres Wirtschafts- und Währungssystems."

Ich habe daraufhin dem Sender des Links sinngemäß über eine E-Mail-Liste geschrieben: "Offensichtlich ist es so, daß die Ökonomie und hier besonders die Themen, die mit dem Geld und der Währung zusammen hängen, besser bei Nichtökonomien aufgehoben sind als bei solchen Menschen mit Titeln und Diplomen der Wirtschaftswissenschaften. Ich beginne zu begreifen, was mein verstorbener, älterer Freund Karl Walker, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hatte, ohne die Chance gehabt zu haben, eine Hochschule zu besuchen, meinte, wenn er sagte; „Wer Ökonomie an den Hochschulen studiert, ist für die Ökonomie verloren!“

⁷ Der natürlich schon entstanden ist, wenn die Leserin oder der Leser ihn vor Augen hat.

b) Der Verfasser dokumentiert auch, daß er sich um Aufklärung bemüht, obwohl er keine Hoffnung hat, daß seine Bemühungen fruchten:

Ziel des Autors ist es, die folgenschweren Illusionen und Fehleinschätzungen der Ökonomen und Massenmedien und damit unserer Gesellschaft zu unserem Wirtschafts- und Währungssystem aufzudecken und eine fundierte, wissenschaftliche, aber gleichzeitig auch allgemeinverständliche und unterhaltsame Stimme im deutschsprachigen Raum entgegenzusetzen. Auch wenn die Geschichte lehrt, dass eine rechtzeitige Einsicht und damit Kurskorrektur nicht zu erwarten ist, so ermöglicht die Aufklärung zumindest jedem Einzelnen, sich auf die kommenden, gravierenden Veränderungen im Leben vorzubereiten.

c) Und er führt mich noch mal gedanklich mit nachfolgendem Zitat zu Thomas Jefferson zurück, den ich schon weiter oben zitiert habe.

Falls das amerikanische Volk jemals die Kontrolle über die Herausgabe ihrer Währung auf Banken übertragen sollte, werden diese und die Firmen, die sich um sie bilden, unter dem Einsatz von Inflation und Deflation, dem Volk solange ihr Eigentum wegnehmen, bis die Kinder obdachlos auf dem Kontinent, den ihre Väter einst in Besitz nahmen, aufwachen. Die Herausgabe von Geld soll von den Banken weggenommen werden, und zurück auf den Kongress und das Volk übertragen werden. Ich glaube aufrichtig, dass Banken, mit dem Recht Geld herauszugeben, gefährlicher für die individuellen Freiheitsrechte sind als eine stehende Armee.

Thomas Jefferson, 3. Präsident der USA (1801-1809)

Die Banken kann man in dem Jefferson-Zitat ja noch als Systembestandteil verstehen. Aber in der Vergangenheit und auch noch in der Gegenwart wurden ja immer wieder die Ursachen ökonomischer Fehler in Personen oder Gruppen von Personen gesucht. Besonders schlimme Folgen hatte das für die Juden, die im Mittelalter regelrecht in das Geldgeschäft dadurch gedrängt wurde, weil es den Christen durch das Zinsverbot praktisch verschlossen war und den Juden die ehrbaren Berufe verweigert wurden. In Folge wurden ihnen als Personen die bösen Wirkungen eines fehlerhaften Geldsystems angehängt. Es hilft auch nicht auf die Neoliberalen und die Spekulanten zu schimpfen. Daher ist es wichtig, was Friedrich Müller-Reißmann in der Vorbemerkung zu seinem Text > Die "Teufelskreise" der Reichtumskonzentration < (vom 7. Oktober 2011) schreibt:

Vorbemerkung

Ich rede hier nicht von den Machenschaften übermächtiger Konzerne, skrupelloser Geschäftemacher, korrupter Regierungen, Diktatoren und ihrer Geheimdienste, nicht von Betrug, Verrat und Veruntreuung, nicht von Überlistung Unwissender, nicht von Gewalt, erbarmungsloser Ausbeutung, Konfiszierungen, Raubzügen, Plünderungen, Brutalität und Willkür gegen Wehrlose, nicht von all den traurigen Schändlichkeiten, die die Geschichte

der Menschheit bis in die Gegenwart durchziehen, Machenschaften, aus denen oft sagenhafter Reichtum einzelner Individuen oder Clans hervorgeht, dem die Verarmung und Verelendung ganzer Landstriche, Städte und Bevölkerungsgruppen gegenüberstehen. („Arm kam er ins reiche Syrien und reich verließ er das arme Syrien“ hieß es vom einstigen römischen Statthalter in Syrien, jenem Quintilius Varus, der später im Teuteburger Wald sein unrühmliches Ende fand). Ich rede auch nicht von der ungezügelter Habgier von Bankern, Brokern, Börsenmaklern und anderen Profis der sog. Finanzindustrie, deren kurzsichtige „Hahnenkämpfe“ um die größten Provisionen und Boni von der Politik aus Ignoranz oder Feigheit tatenlos hingenommen werden, obwohl sie so gefährliche Instabilitäten heraufbeschwören, dass das ganze Wirtschaftssystem zu kollabieren droht.

Ich rede nicht primär von der aller Gerechtigkeit spottenden Ungeheuerlichkeit, dass die politischen Eliten der breiten Bevölkerung zumuten, für die Spekulationsspiele der Finanzindustrie „geradezustehen“, obwohl sie nicht den geringsten Nutzen von diesen Spielen hat. Nicht spektakuläres moralisches Versagen von Individuen, nicht das Verbrechen, nicht kriminelle Entgleisungen, nicht die sog. Auswüchse, nicht der Skandal, der die Gemüter erregt und Medienaufmerksamkeit findet, sind mein Thema, also auch nicht die „Geschenke“ gekaufter Politiker an ohnehin Reiche und Privilegierte, also die Begünstigung jener Gruppen durch die Politik, die es am allerwenigsten nötig haben.

Ich rede von scheinbar moralisch neutralen Strukturen und Mechanismen, die so selbstverständlich und „normal“ erscheinen, dass sie nicht ins Blickfeld geraten, selbst in das Blickfeld jener engagierten kritischen Journalisten nicht, die unbestechlich und nach umfangreichen detaillierten und oft nicht ungefährlichen Recherchen die skandalösen Machenschaften politischer und wirtschaftlicher Macht dokumentieren und an den Pranger der Weltöffentlichkeit zu stellen versuchen.

F.M-R.

Auch verwende ich zum Beispiel den Begriff "politische Klasse" ohne unterlegte Abneigung zu den Menschen, die man mit unterschiedlichen Abgrenzungen hier zuordnen kann. Ich habe seit Jahrzehnten genügend Einblick in die Politik bekommen, um zu erkennen, daß die Akteure in den politischen Parteien in der Regel liebenswerte und achtenswerte Menschen sind.

Aber die Bezeichnung "politische Klasse" enthält eben auch Kritik. Denn die politische Klasse ist in der Demokratie so ein Unding wie die Herrschaft des Adels. Wir stehen ja aber auch noch immer am Anfang einer demokratischen Entwicklung und sollen uns nicht einbilden, daß die Staaten, die sich demokratisch nennen, schon durch diese Benennung bessere Staaten sind, als jene, die wir die Bezeichnung Diktatur oder Autokratie zuordnen. Das Wort Demokratie steht am Anfang nur für die Chance, ein humanes Regierungssystem zu entwickeln.

Und der Anfang kann für uns nach dem Desaster des ersten Versuchs auch 100 Jahre dauern.

Am 15. 11. 2011 erhielt ich von meinem politischen Freund ⁸Godehard Kass, der auch mein Hausarzt ist, per E-Mail-Anhang folgenden Text zum St.Florians-Prinzip:

Nimbys und die Grünen

Bürgerprotest zeichnet eine aktive Demokratie aus und ist im Grundgesetz verankert. Auf diese Art können Bürger die Politik auf Missstände aufmerksam machen und Kritik an politischen Entscheidungen mitteilen.

An der Entstehung Bewegung der Grünen hat Bürgerprotest gegen Atomkraft, Aufrüstung, Gentechnik und viele andere politische Grundsatzentscheidungen eine große Rolle gespielt. Sozialpsychologisch gehört der gemeinsame Protest zu einer der stärksten verbindenden Kräfte in einer Gruppe. Man kann sagen, dass erst die gemeinsamen Aktionen, die Menschen zusammengeführt, und so die Voraussetzung für die Gründung der Partei der Grünen geschaffen hat. Im vergangenen Jahr hat schließlich die Bewegung Stuttgart 21 die Übernahme der Landesregierung durch die Grünen entscheidend mitbestimmt. Alle diese Proteste hatten keine egoistischen Motive, sondern waren Proteste gegen ordnungsgemäße politische Entscheidungen, die die Gesamtheit der Protestgemeinschaft als bedrohlich wahrgenommen hat. Etwas grundsätzlich anderes sind Proteste gegen Gemeinschaftseinrichtungen, die allgemein als notwendig erachtet werden, aber wegen lokaler Emissionen Proteste gegen den gewählten Standort auslösen. Funkmasten, Windkraftanlagen. Hochspannungsmasten Kläranlagen oder Biogasanlagen Hier besteht der Widerstand aus dem Motiv: Warum ausgerechnet bei mir? (St. Floriansprinzip, Nimby= Not in my backyard) Gern werden von den Betroffenen auch grüne Argumente gegen die Entscheidung hergeholt. Wird in diesem Fall die emissionsrechtlich positive Beurteilung gekippt, besteht die Gefahr der verzögerten Realisation notwendiger Einrichtungen von allgemeinem Nutzen. Wird dem Protest nachgegeben und auf einen anderen Standort ausgewichen, droht dort der gleiche Vorgang. Die Gefahr des Verlustes der gesellschaftlichen Solidarität ist groß. Die Grüne Bewegung kann durch solche Trittbrettfahrer instrumentalisiert werden und sich von ihren Zielen entfernen.

In einer Besprechung des Buches „Die erregte Republik - Wutbürger und die Macht der Medien“ von Thymian Bussemer schreibt unter dem Titel *Masse macht Macht* Gunnar Menkens in der HAZ vom 25. 11. 2011:

Bürger haben Konjunktur. Nicht der einzelne deutsche Sofamichel, sondern Bürger, die sich in der Masse zur Macht formen. Meistens will sie etwas nicht, deshalb schließt sie sich zusammen und versteht sich fortan als das Volk. Es marschiert gegen teure Bahnhöfe, verkorkste Schulreformen und zu nahe Stromtrassen. Gegner des Volks sind gewählte Politiker in den Parlamenten. Sie entscheiden Dinge, die aus Bürgern Betroffene machen.

⁸ Von Parteifreund kann ich nicht mehr sprechen, nachdem ich aus der grünen Partei ausgetreten bin, deren Gründungsmitglied ich war, nachdem ich fast ein Jahrzehnt in der FDP mitgearbeitet habe und zuvor 1967 die Liberal Soziale Partei mitgegründet habe.

Läuft es gut für das Volk, schaffen Plebiszite aus der Welt, was Politiker und Verwaltungen anzurichten versuchten. Woran Wutbürger kein Interesse haben ist das Gemeinwohl. Das Volk und seine Vertreter tragen zwei Paar Schuhe.

So sieht es der Kommunikationswissenschaftler Thymian Bussemer, und er ist über diese Entfremdung ausgesprochen alarmiert. In seinem flott geschriebenen Buch „Die erregte Republik“ zeichnet der 39-Jährige das Bild einer Gesellschaft aus mehrheitlich uninformierten und unpolitischen Bürgern, die sich nur dann engagieren, wenn persönliche Interessen berührt sind. Was Anhänger von Volksabstimmungen für die hohe Schule demokratischer Beteiligung halten, gefährdet in Bussemers Verständnis die repräsentative Demokratie. Denn Bürgerbewegungen, schreibt der frühere Mitarbeiter der Sozialdemokraten Peter Glotz und Gesine Schwan, trügen einen gefährlichen Keim: „Politikverachtung, die sich mit fundamentalistischer Besitzstandswahrung paart.“ ...

Diese Argumentation zielt in gleiche Richtung wie die von Godehard Kass. Ist sie richtig oder was ist richtig daran? Nach meiner Einsicht ist es für die Handlungsfähigkeit des Individuums notwendig, daß er sich an seinen eigenen Bedürfnissen orientiert, denn wenn es ihm schon schwierig ist, herauszufinden, was ihm selbst gut bekommt, ist fast unmöglich sein Handeln an den Bedürfnissen anderer oder aller Menschen auszurichten. Das liegt einfach daran, daß dem Einzelnen die Bedürfnisse der Anderen, sei es eine Gruppe oder die ganze Gesellschaft widersprüchlich bis chaotisch erscheinen müssen. Und trotzdem entwickeln die meisten Menschen ein Gefühl dafür, was ihrer kleineren oder größeren Gemeinschaft kollektiv gut tut. Da aber nicht eindeutig gemessen werden kann, was für das Gemeinwohl gut und richtig ist, ist dieses Gefühl auch das Tor zum manipulierenden Mißbrauch. Wie leicht stellt sich da wie im Kaiserreich die Forderung ein, sich für Volk und Vaterland zu opfern oder für ein Gemeinschaftsprojekt zu zahlen oder bei eigenen Bedürfnissen zurückzustecken. Unter den Nazis hieß es: „Du bist nichts, dein Volk ist alles!“ Im Kommunismus galten ähnliche Parolen. In Wirklichkeit stecken hinter solchen Parolen egoistische Motive von Herrschenden, Ideologen oder die Rendite-Forderungen von Kapitalanlegern. Die Menschen sind gut beraten bei den Appellen an ihr Gemeinwohlempfinden, vorsichtig und mit Umsicht zu reagieren. Aber wenn die Hingabe an das Gemeinwohl nicht vorhanden wäre, würde es die Flut von Spendenaufrufen, die wir gerade erleben, nicht geben. Das Spendeneinsammeln ist ja inzwischen eine Profession und die würde nicht ausgeübt, wenn es die Erfolge aufgrund des vorhandenen Gemeinns nicht gäbe.

Es sollte doch eine allgemeine Einsicht sein, wenn es eine Maßnahme gibt, die für einen oder

wenige Nachteile mit sich bringt, aber für eine große Zahl von Menschen oder die gesamte Gesellschaft einen Nutzen, daß dann die Verlierer der durchgeführten Maßnahme einen Ausgleich erhalten. Auch sollte vor einem Beschluß zur Durchführung von Maßnahmen die Intelligenz der großen Zahl in Anspruch genommen werden, um die Form zu finden, die die Menschen und die Natur am wenigsten belasten.⁹

Gefährdet Volksabstimmungen, also die direkte Demokratie, die repräsentative Demokratie? Erst einmal ist festzuhalten, daß nach meiner Einsicht die repräsentative Demokratie in unserer heutigen Form die Demokratie als Ganzes gefährdet. Wenn sie so leistungsfähig und zufriedenstellend wäre, wie immer von denen behauptet wird, die mit ihr ganz gut ihr Eigeninteresse vertreten oder die keine Phantasie haben, sich etwas anderes vorzustellen, gäbe es nicht das Jahrzehnte lange Ringen um mehr direkte Demokratie. Aber eine Balance von repräsentativer und direkter Demokratie kann auch noch die Freiheit der Individuen gefährden, wenn für den einzelnen Bürger keine staatsfreien Entscheidungs- und Gestaltungsräume respektiert werden. In der Gründungsphase der Grünen wurden daher die Parlamente der Betroffenen gefordert. Die lassen sich aber nur privatrechtlich in einem marktwirtschaftlichen System realisieren. Aber das sind Träume von gestern. Die Zentralisten, Fiskalisten und Etatisten haben sich auch in der grünen Partei durchgesetzt.

Sind die Bürger nun mehrheitlich uninformiert und unpolitisch? Wenn das als Tatbestand festzustellen ist, dann ist das ein Ausdruck von Resignation. Es ist Folge davon, daß unsere Gesellschaftsgestalter alles - das Recht, die Institutionen und die Beziehungen so kompliziert gemacht haben, daß oft selbst Spezialisten, die sich zusätzlich spezialisiert haben, nicht mehr durchblicken. Man könnte hier eine Verschwörung vermuten, denn die Kompliziertheit ist der Mist, auf dem die Herrschaft der Bürokraten gedeiht und es ist der Zustand, wo mit Hilfe des Staates am besten Sonderinteressen durchgesetzt werden können. Mit Demonstrationen kann auf diesen Notstand aufmerksam gemacht werden, aber lösen läßt sich dieses Problem nur mit intensiver Verfassungsarbeit und einer offensiven Ordnungspolitik. Eine Gesellschaft ist immer eine komplexe Angelegenheit. Komplex heißt aber nicht kompliziert. Ein Komplexes System kann ganz einfach sein. Und wenn die Dinge wieder einfacher sind, werden die Menschen in ihrer Rolle als Bürger auch bereit sein sich zu informieren und sie werden sich wie-

⁹ Zu den Stromtrassen verweise ich auf meinen Text „93.3 Gedankliche Blaupausen im Urlaub als Inspiration für politisches Handeln vor Ort / 1. Die Stromtrassen als Erdkabel, nicht als Überlandleitungen und nicht als Renditeobjekt, sondern als Altersvorsorge.“ <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/93.3%20Blaupausen.pdf>

der mehr engagieren, wenn ihr Wollen für sie selber sichtbar fruchtet und ihre Worte nicht wie in einem schallschluckenden Raum unhörbar bleiben.

Ich schließe meinen zweiten Versuch der Anmahung einer politischen Kurskorrektur mit dem vorletzten Absatz aus >Die „Teufelskreise“ der Reichtumskonzentration< von Friedrich Müller-Reißmann:

Wenn wir wirklichen Fortschritt wollen, dann müssen wir die Grundbedingungen evolutionärer Höherentwicklung einhalten, die der Atrophysiker Peter Kafka mit der wunderbaren Formel „VIELFALT und GEMÄCHLICHKEIT auf den Punkt gebracht hat. (S. 37)

3. Versuch: Über den Rand hinaus schreiben

Heute, am 2. Dezember 2011 berichtet Janina Fleischer in der HAZ unter dem Titel "Zerrissen wie das Land" über den Tod der Schriftstellerin Christa Wolf.

Es war im Herbst 1989, als auf dem Berliner Alexanderplatz eine halbe Million Menschen für Meinungs- und Versammlungsfreiheit demonstrierten.

Von einem grob gezimmerten Podium sprachen vor allem Künstler, Schauspieler und Schriftsteller, mit denen sich die Hoffnung verband auf eine reformierte DDR, auf die Freiheit des Denkens. Unter ihnen war auch die Schriftstellerin Christa Wolf. Ihre Stimme hatte besonderes Gewicht. Nun ist sie verstummt: Gestern ist die Autorin im Alter von 82 Jahren in Berlin gestorben. Das teilte der Suhrkamp Verlag mit, in dem ihre Werke zuletzt erschienen sind.

„Verblüfft beobachten wir die Wendigen“, sagte Christa Wolf an jenem 4. November, „misstrauisch starren wir auf manche plötzlich ausgestreckte Hand, in manches vorher so starre Gesicht. Wir fürchten, benutzt zu werden. Und wir fürchten, ein ehrlich gemeintes Angebot auszuschlagen.“
Jede revolutionäre Bewegung, sagte sie, befreit auch die Sprache.

Eine Befreiung, die ihr nicht alle zugestanden. Nicht was sie schrieb, geriet in den Fokus, sondern was sie nicht schrieb. ...

Wenn eine revolutionäre Bewegung die Sprache befreit, dann heißt das, daß die Menschen von mächtigen Denkschablonen befreit werden, die von den Mächtigen aufrecht erhalten wurden, um über die Köpfe der Menschen in ihrem Machtbereich herrschen zu können. 1989 wurden zwar im heutigen Osten Deutschlands die Menschen von den Denkschablonen der marxistisch ausgerichteten SED befreit, aber sie haben in der großen Mehrheit nicht mitbekommen, daß ihnen andere, genauso unbrauchbar gewordene Denkschablonen aus dem Westen Deutschlands übergestülpt wurden. Die Befreiung von diesen Denkschablonen der vereinigten Deutschen ist noch eine Leistung, die sie sich noch selber schulden. Auch fehlt ein Kli-

ma, wo nichts verheimlicht werden muß. Das beschämende, daß lügnerische oder menschenfeindliche Wort ist weniger gefährlich, wenn es offen zu Tage liegt, als wenn es in den Untergrund verbannt wird.

In einer Sammlung von Stellungnahmen zum Tode von Christa Wolf (in der gleichen Ausgabe der HAZ) heißt es von Elmar Faber, Christa Wolfs langjähriger Verleger beim Aufbau-Verlag:

Sie war eine ungemein warmherzige Frau, die an aller Leute Sorgen anteilnahm. Und sie hat unentwegt nach den Silhouetten des menschlichen Daseins in der Gesellschaft gesucht. Weil sie immer über den Rand hinausschrieb, ob nun zum Thema Vertreibung mit ihrem Roman „Kindheitsmuster“, über Tschernobyl mit ihrer Erzählung „Störfall“, war, ist sie für mich eine politische Dichterin im Sinne von Heinrich Heine.

Wer schreibt und nicht nur unterhalten und über Gegebenheiten berichten will, sondern Sätze formuliert, die auf Veränderung zielen, ist gezwungen oder verpflichtet, über den Rand hinaus zu schreiben? Das heißt, er muß Denkschablonen ignorieren. Das ist nicht immer leicht. Ich selber habe schon vor Jahren den Satz "Der schreibt, wenn er könnte, über den Rand hinaus." auf Georg Otto angewendet, der einer der ersten in den siebziger Jahren war, der über die Gründung einer Lebensschutzpartei - die dann später grüne Partei genannt wurde ¹⁰ - nachgedacht hat. Er schrieb auch gegen Denkschablonen an, aber ich meinte es in diesem Fall im wörtlichen Sinn. Vermutlich hat er diese Neigung sich aus dem erlebten Mangel in der Kriegszeit und der Zeit, die er in der DDR verbracht hat - als diese noch im Westen SBZ hieß - erworben. Hinzukam auch, daß er als Teil der außerparlamentarischen Opposition (APO) an ihrer ständige Unterfinanzierung teil hatte und sich nicht wie die "etablierten" Parteien aus der Finanzkasse des Staates finanzieren konnte. Die jungen Menschen von heute können sich vermutlich gar nicht vorstellen, wie schwierig es für die APO-Mitglieder war, ohne Zugang zu den großen Medien und mit leerer Portokasse miteinander zu kommunizieren. Es hat noch nie einen chancengleichen Wettbewerb um die Durchsetzung von Gesellschaftsentwürfen in der Bundesrepublik - in der ursprünglichen und erweiterten Form - gegeben und unter der Herrschaft der Nationalsozialisten schon gar nicht. Dieser Wettbewerb wäre aber nötig, um unsere Gesellschaft und ihre Staatsorganisation zu optimieren.

Der Serienmord, bei denen den Mördern ein rechtsradikaler Hintergrund zugeordnet wird

¹⁰ Was einer von 1000 Mitgliedern der grünen Partei nicht weiß, ist, daß „grün“ die Signalfarbe der Freisozialen Union war, die einst als Radikal Soziale Freiheitspartei gegründet worden war und aus der Georg Otto über den Umweg über die SPD gekommen war. Siehe dazu auch: die Dissertation „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei“ von Anna Hallensleben, 1984.

oder zugeordnet werden kann, ist grausam, nicht entschuldbar und muß verfolgt werden. Wogegen ich argumentiere ist:

1. Daß dieser Serienmord von unserer politischen Klasse dazu mißbraucht wird, von den von ihr verursachten gesellschaftsbedrohenden Problemen abzulenken.
2. Daß dem Volk suggeriert wird, es könne mit Kerzen und Demonstrationen die tatsächliche oder vermeintliche Gefahr, die von Rechtsextremen ausgeht, bannen.
3. Daß die offen zur Schau getragene ungeliebte und geächtete politische Symbolik eine Gefahr für unsere Republik wäre.
4. Daß sich die Medien gebärden, als seien sie gleichgeschaltet wie zu NS- oder SED-Zeiten?

Die Geschichte der Völker lehrt, daß Spannungen ihrer jeweiligen Gesellschaft um so stärker zur Entladung drängen, um so größer sie werden. Und diese Explosionen - Revolutionen genannt - suchen sich jeweils ihre eigene Ausdrucksformen. Und für die Entladung die Deutschland oder gar Europa erleben wird, wenn Deutschland, wenn Europa so weitermachen wird wie bisher, halte ich es für unwahrscheinlich, daß sie nationalsozialistische Züge trägt. Das ist eine verbrauchte und mißbrauchte Idee, die noch von ein paar Getreuen aufrecht erhalten wird, die nicht das linksextreme Ideengefaß für ihre Protesthaltung akzeptieren können und kein anderes gefunden haben. Die wahre Bedrohung der Demokratie ist der politische Umgang, wie er zur Zeit mit den Griechen praktiziert wird oder wie sie in der von der HAZ vom 2. 12. 11 vermittelten Nachricht über Pleiten und Privatinsolvenzen versteckt ist.

"Die Verbraucherinsolvenz in Deutschland stellt nach wie vor ein Massenphänomen dar", sagte Creditreform-Vorstand Helmut Rödl. Gut 6,4 Millionen Menschen seien in Deutschland überschuldet, weshalb auch in den kommenden Jahren kein deutlicher Rückgang der privaten Insolvenzen zu erwarten sei.

Was mich gefühlsmäßig anwidert und was ich kopfmäßig als gefährlich einstufe, ist der gegenseitige Haß von links außen über die politische Mitte nach rechtsaußen und zurück. Ist der Haß der einen Gruppe besser als der Haß der anderen Gruppen? Das Gift, was sich so in den Seelen der jeweiligen Mitglieder der unterschiedlichen politischen Klassen ansammelt, kann die politische Mitte meistens im legalen Rahmen abbauen, indem sie Mitglieder von den politischen Rändern einsperrt oder Soldaten nach Afghanistan schickt. Der Begründungsapparat der politischen Mitte klingt dabei immer logisch und staatstragend, jener, der von den Rändern, wird von der politischen Mitte immer als fragwürdig, verlogen oder gar Menschen verachtend eingestuft oder muß sachlich so eingestuft werden. Es sind aber immer die gleichen Triebenergien, die zum politischen Handeln drängen. Es wird viel zu wenig darüber nachgedacht, unter welchen Bedingungen die politische Triebenergie zu etwas Gutem und wann zu

etwas Bösen führt.

Von meinem politischen Lehrer, Pastor Wilhelm Mensching, Gründer des Internationalen Freundschaftsheimes, "*Gerechter unter den Völkern*"¹¹, habe ich übernommen, daß auch in dem größten Verbrecher noch ein Stück von Gott wohnt. Das bedeutet nicht, daß wir alles hinzunehmen haben, aber daß wir einen Verbrecher, der sich durch seine Tat selbst entwürdigt hat, nicht zusätzlich entwürdigen dürfen, z. B. daß wir ihn für Propagandazwecke im Dienste unserer eigenen Vorstellungen mißbrauchen oder ihn nur noch als Fratze seiner selbst darstellen. Um die Restwürde des Verbrechers oder auch des unterlegenen Feindes zu wahren, muß man nicht unbedingt an einen Gott glauben, es genügt sich als Humanist zu verstehen. Aber das Gebot der Feindesliebe vermissen ich bei den christlichen wie nichtchristlichen Akteuren in der Politik.

Sicher dürfen schreckliche Ereignisse - wie es der Serienmord an Menschen mit ausländischem Hintergrund einer ist - auch von den Medien im ersten Durchgang so dargestellt werden, daß vorwiegend die Gefühle der Menschen berührt oder bedient werden. Aber darf ein Journalismus, der sich der Information verpflichtet fühlt, es auch an der Analyse fehlen lassen? Wann, wo, wie häufig, aus welchen Gründen wird der Mensch zum Mörder sind Themen, die den ersten Meldungen zu folgen haben, damit das Geschehene besser verarbeitet und in das Zeitgeschehen eingeordnet werden kann. Aber auch den Fragen warum es überhaupt einen Rechts- und Linksextremismus gibt, ob er vermeidbar oder unverzichtbar ist und unter welchen Bedingungen er kultiviert werden könnte, müßte nachgegangen werden.

Im vorliegenden Fall scheint es mir offensichtlich zu sein, daß die politische Klasse das Thema am Kochen halten wird, um eine ungeliebte Partei mit rechtlichen Mitteln ausschalten zu können. Das ist eine politische Unredlichkeit der politischen Mitte, die doch den Vertretern der politischen Extreme unterstellt wird oder eindeutig zugeordnet werden kann. Und ich habe einen weiteren Verdacht, nämlich, daß das politisch prägenden Schuldbewußtsein der Deutschen, daß sie sich aufgrund der Untaten unter dem Nationalsozialismus nach dem Zusammenbruch angeeignet haben und zum Teil auch übergestülpt bekamen, das mit der wachsenden zeitlichen Distanz und dem Generationswechsel verblaßt, zur Verlängerung des politischen Wohlverhaltens wieder aufgefrischt werden soll.

¹¹ Siehe: <http://www.herderschule-bueckeburg.de/geschichtswerkstatt/gwprojekte/menschinginhalt.html> und <http://www.bautz.de/bbkl/m/mensching.shtml>

Vertreter politischer Extrempositionen können heute doch nicht mehr auf die Gewalt und den Mord als Mittel zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen setzen. Ich halte sie auch nicht für so dumm, daß sie nicht sehen, daß jeder Terroranschlag und jeder politisch motivierter Mord ein Fest für die Sicherheitsfanatiker in der politischen Mitte ist, weil sie damit die Chance erhalten, die Mittel und Gesetze bewilligt zu bekommen, mit denen sie glauben, den Bürger - das unberechenbare Wesen - besser unter Kontrolle zu bekommen.

Jede Organisationsführung hat vermutlich Schwierigkeiten mit Mitgliedern oder Anhängern dieser Organisation, die aufgrund des ausbleibenden Erfolges zur politischen Tat mit unübersehbaren Folgen neigen oder greifen wollen. Gibt es eine Statistik, die Mitglieder der "guten" Parteien ausweist, die strafrechtlich auffällig geworden sind.

Wer nun vermutet, ich würde die NPD inhaltlich verteidigen, der liegt einfach falsch. Ich will nur verdeutlichen, daß die politischen Extremgruppen sowohl in ihrer Stärke, wie auch in ihrem Verhalten maßgeblich von der politischen Mitte beeinflusst werden. Die NPD muß durch eine bessere Politik der politischen Mitte das Wasser abgegraben werden. Und dazu gehört nicht nur eine bessere Ökonomie, sondern auch die Anpassung der Sozialsysteme an offene Grenzen und vor allem auch mehr Gerechtigkeit gegenüber den schuldbeladenen Generationen, die von den versagenden Demokraten in der Weimarer Republik regelrecht in den Nationalsozialismus hinein getrieben wurden. Wenn immer von der Gleichberechtigung der Menschen gesprochen wird und einerseits ausländische Nichtjuden bei uns durchaus in Abschiebehaft landen können und mit Arbeitsverboten belegt werden und andererseits zuwandernde Juden in Deutschland gleicher gemacht werden als andere Menschen, z. B. in dem der Zentralrat der Juden per Staatsvertrag die Zuwendungen des Fiskus auf zehn Millionen Euro verdoppelt wurden u. a. für die Integration von jüdischen Zuwanderern, der darf nicht erwarten, daß daraus kein Antisemitismus resultiert.¹² Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit müssen nicht ihre Wurzeln in einem Rassismus haben, das Empfinden von gesellschaftlicher und ökonomischer Ungerechtigkeit - insbesondere wenn der Beobachter in seiner Existenz selbst betroffen ist - reichen da völlig aus.

Hendryk M. Broder schreibt unter dem Titel "Furunkel am Hintern der Demokratie" in der Welt am Sonntag Nr. 48 vom 27. November 2011 u.a.:

¹² "Mehr Geld für den Zentralrat", HAZ 1.12. 2011

Die Morde der Zwickauer Terroristen sind zweitens für das politische Klima der Bundesrepublik so repräsentativ wie eine Giftnatter in einem Kuschelzoo. Es gibt Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland wie in allen europäischen Ländern, aber es sind Einstellungen, die von der Gesellschaft nicht gebilligt werden. Die Existenz „national befreiter Zonen«, vor allem im Osten des Landes, beweist nicht das Gegenteil: Sie zeugt lediglich von einem punktuellen zivilisatorischen Rückstand, der auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht ausgeheilt ist. Die Pogrome von Hoyerswerda (1991) und Rostock (1992), die Hetzjagd auf eine Gruppe von Indem in Mügeln (2007) waren Warnzeichen, die nicht ernst genommen wurden. In allen Fällen hatten die Ordnungskräfte vor Ort versagt und den Mob gewähren lassen. Dass solche „Zwischenfälle« dem Ansehen der Bundesrepublik auf die Dauer nicht abträglich waren, kann man nur mit den positiven Erfahrungen erklären, die Millionen von Touristen jedes Jahr in Deutschland machen. Die beste Garantie gegen Fremdenfeindlichkeit ist die Aussicht auf leere Biergärten und die Gefahr sinkender Einnahmen in der Hotellerie. Schon deswegen ist Deutschland im Prinzip ein fremdenfreundliches Land.

Undenkbar auch, dass ein bekannter Theaterregisseur einem wegen vielfachen Mordes verurteilten Rechtsextremisten nach deren Entlassung aus der Haft ein „Praktikum" anbieten würde, wie es Claus Peymann gegenüber Christian Klar getan hat. Linker Terror kommt irgendwie sexy daher, sogar ein Mörder wie Carlos hat ein „Anliegen«; rechter Terror riecht nach Kotzbecken und Männerschweiß. Die Zwickauer Terroristen sind eine Furunkel am Arsch der Demokratie. Um sie zu entfernen, genügt eine örtliche Betäubung.

Unter "erstens" ging er auf den Föderalismus - den wir in einer funktionsgerechten Weise gar nicht haben - als den zur Zeit viel benannten Schwachpunkt der Republik ein. Und unter "drittens" klagt er die „Psychologisierung alltäglicher Vorgänge ein“, wo am Ende alle schuld sind nur nicht die Täter. Mir erscheint der ganze Beitrag als diskussionswürdig, aber doch zu einfach gestrickt. Ich will hier nur auf die Bemerkungen zur Wahrnehmung von verharmlosendem Terror und Intoleranz von links eingehen. So wie es in einer Gesellschaft nicht vermeidbar ist, daß sich politisch linke und rechte extreme Positionen herausbilden, so selbstverständlich sollte es sein, daß nicht jede Form der Aktion in Wort und Tat aus diesen Lagern hingenommen werden kann. Ich habe aber den Verdacht, daß wir aufgrund der Tatsache, daß wir in

der Mehrzahl nur mit Hitler aber nicht mit Stalin unsere Erfahrungen gemacht haben und die politische Position "links" lange Zeit mit der Forderung nach Humanität und Aufklärung verbunden war, eine verzerrte Wahrnehmung von dem haben, was heute links ist. Wir wollen nicht wahrnehmen, daß der Begriff *links* eine Verfälschung und Umformung erfahren hat. (Ich höre schon Protest. Das Linksverständnis hat heute so viele Erscheinungsformen, daß man umständlich beschreiben muß, was man damit meint. Ich meine hier nicht jene Mitbürger, die sich in den Parteien *Die Linke*, *SPD* oder *Bündnisgrünen* als Linke verstehen, sondern jene, die sich als Antifaschisten ausgeben.¹³ Aufgrund meiner persönlichen Erfahrung komme ich zu dem Schluß, daß die faschistische Geisteshaltung im Antifaschismus einfach übersehen wird. Es ist so, als hätten sich diese Zeitgenossen die verachtende "Moral" eines Lenin, der jeden politischen Anstand und jede Fairness seinen Zielen unterordnet hat, angeeignet. Es ist durchaus berechtigt, diese Haltung als eine Art Geisteskrankheit zu betrachten, die die Faschismuskeule zur Ausschaltung und Verleumdung Andersdenkender hervorgebracht hat. Das Schlimme in diesem Fall sind nicht die roten Faschisten selbst, sondern die Wirkung auf die Karrieristen und Amtsträger, die aus Angst vor der Faschismuskeule sich ducken und den Verleumdeten nicht beistehen. Aber wenn ich es richtig verstanden habe, sollen die roten Faschisten ja finanziell vom Staat gefördert werden, damit sie auf braune Faschisten Jagd machen können. Diese Mittel werden sie dann auch in den Stand setzen, mit abstrusen Gedankenketten unbescholtene Bürger oder historische Figuren - die sich der Freiheit und Gerechtigkeit verpflichtet fühlten - als Faschisten zu denunzieren. In einer aktuellen, aber noch milden Form hört sich das in einem Beitrag von Alex Feuerherdt in *Jungle World*¹⁴ so an:

»Fabian, der Goldschmied« soll ein Beitrag zur »Zinskritik« sein, die vor allem auf den Antisemiten Silvio Gesell zurückgeht und bei der Frankfurter »Occupy«-Gruppe hoch im Kurs steht: Auf einer ihrer Demonstrationen sprach Bernd Senf, ein ehemaliger Professor für Makroökonomie und Didaktik der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der sich an Gesells »Freiwirtschaftslehre« orientiert und das »Zinseszins-System« für den »Krebs des sozialen Organismus« hält. Zudem wurde auf Schildern die Einführung des »Freigelds« gefordert, das den »Zinskritikern« als Lösung aller ökonomischen Probleme gilt, und es wurden Flugblätter verteilt, in denen es im Duktus von Joseph Goebbels hieß: »Dieses Land gehört uns, nicht den Plutokraten!«¹⁵

Der Mensch hat vermutlich noch keine Seite von Gesell gelesen, seine wissenschaftliche Quelle ist vermutlich eine der obskuren Schriften oder Beiträge, wo mit Verdrehungen und

13 Wobei ich vermute, daß der Antifaschist der Nachkriegszeit einen ganz anderen Charakter hatte, als der heutige.

14 <http://jungle-world.com/artikel/2011/48/44440.html>

15 Fabian der Goldschmied ist wohl eine Geschichte im Netz. Ich kenne sie nicht und kann daher dazu nichts sagen.

Unterstellungen das Monopol auf marxistische Kapitalismuskritik verteidigt wird. Ich bringe zu den Unterstellungen eine Passage aus einer Stellungnahme ¹⁶ von Nico Peach, Professor an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg und fordere auf, selber weiter zu forschen, um sich ein eigenes Urteil bilden zu können:

Aus diesem Grund sei hier in Gänze eine Textstelle wiedergegeben, die in der Stellungnahme leider nur unvollständig zitiert wird: "Bei dem heutigen Geldwesen hat der Geldinhaber dem Wareninhaber, d.h. dem Producenten, gegenüber große Vorrechte und wenn er aus diesen Vorrechten Nutzen zu ziehen sucht, so thut er nicht mehr, als jeder andere an seiner Stelle auch thun würde. Die Juden beschäftigen sich nun mit Vorliebe mit Geldgeschäften und es ist klar, dass diese Vorrechte des Geldinhabers darum auch vorzugsweise den Juden zu Gute kommen. Hat aber darum Herr Stöcker [der damalige Hofprediger Kaiser Wilhelms II] ein Recht, die Juden zu verfolgen? Ist nicht das Geld eine öffentliche Einrichtung, kann nicht Jeder, wenn er dazu befähigt ist, den Juden Concurrenz machen, hat nicht schon Jeder, selbst Herr Stöcker, den geheimen Wunsch gehegt, selber Bankier zu sein? Die Judenhetzerei ist eine colossale Ungerechtigkeit und eine Folge einer ungerechten Einrichtung, eine Folge des heutigen Münzwesens. Wo Aas ist, da versammeln sich die Adler; will man die Adler vertreiben, so braucht man die Lockspeisen nur fortzuschaffen und die Adler werden von selbst verschwinden, ohne dass es nöthig sein wird, auch nur einen einzigen zu thöden. Die Münzreform macht es unmöglich, dass jemand erntet ohne zu säen, und die Juden werden durch dieselbe gezwungen werden, die Verwerthung ihrer grossen geistigen Fähigkeiten nicht mehr im unfruchtbaren Schacher zu suchen, sondern in der Wissenschaft, Kunst und ehrlichen Industrie. *Die Münzreform schützt die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sie sichert auch der deutschen Wissenschaft und Gesetzgebung die Mitwirkung des jüdischen Scharfsinnes [Hervorhebung NP].*" [10]

In der Tat tritt hier ein an antisemitischen Stereotypen angelehnter Duktus zu Tage, aber eben nicht, um Antisemitismus zu rechtfertigen, sondern diesem ein der Freiwirtschaftslehre entstammendes Argument entgegen zu setzen – und das inmitten eines Zeitgeistes, der es jenen, die sich gegen Antisemitismus wandten, wahrlich nicht leicht machte. Die Verwendung von Stereotypen der Variante "raffender Jude" oder "Verschwörung der Juden" ist ein entscheidendes Merkmal des Antisemitismus. Genau diesem tritt Gesell entgegen, wenn er klargestellt, dass „die Juden“ sich lediglich Zwängen eines abschaffungswürdigen Systems beugten, also eben nicht selbst die Ursache für die Verwerfungen eines als ungerecht empfundenen Kapitalismus darstellen.

Wo der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wird, ist der des Rassismus meistens nicht weit, zumal sich ersterer als spezielle Form des letzteren auffassen lässt. Hierzu nochmals Gesell [11]: „Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen

¹⁶ Niko Peach: „Replik auf Vorwürfe gegen das Archiv der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ http://www.sozialoekonomie.info/Kritik_Antwort/Kritik_Antwort_1/AKG-1-3_Paech/akg-1-3_paech.htm

verstehen wir ausnahmslos alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde."

Am Ende dieses Textblockes noch ein Hinweis. Mir ist zwischendurch eingefallen, daß ich 1968 als Vorstandsmitglied der Liberal Sozialen Partei schon einmal zum Begehren auf Verbot der NPD reagiert habe. Ich habe diese "Mitteilung an die Presse" herausgesucht und eingescannt. Damit diese besser im Kontext der damaligen Zeit steht, habe ich zwei weitere Stellungnahmen dazu genommen: a) zu dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke (mit dem ich kurz auf einer BDK der Grünen gesprochen habe) und b) zu den Vorgängen von damals in der CSSR. Diese Zeit-Dokumente sind in einer gesonderten Datei als Anhang zu finden.

4. Versuch: "Schuldenkrise / Ist Europa noch zu retten?"

„Ist der Europa noch zu retten“ ist der Titel des Leitartikels von Matthias Koch in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 3./4. Dezember 2011. Einleitend heißt es:

Wenn ein Herdentrieb die Menschen erfasst, wird es gefährlich. Doch angesichts der europäischen Schuldenkrise geraten mitunter auch jene, die sich für besonders schlau halten, in eine ungesunde Aufregung - und folgen dann wie alle anderen genau jener Meinung, die sie gerade als letzte gehört haben. So bewegt der Herdentrieb auch die Medien, die Politik und die ach so smarten Analysten der Finanzhäuser.

Der Herdentrieb der Medienkonsumenten wird sicher durch die Medien ausgelöst, aber wovon wird der Herdentrieb der Menschen ausgelöst, die die Medien füttern. Es ehrt Matthias Koch, daß er gegen diesen Herdentrieb anschreibt, obwohl die HAZ Teil dieser Medien ist, die den Herdentrieb auslösen. Ich habe weiter oben gesagt: "Daß sich die Medien gebärden, als seien sie gleichgeschaltet wie zu NS- oder SED-Zeiten?" Koch wird den Begriff „Gleichschaltung“ sicher ablehnen, *Herdentrieb* und *Gleichschaltung* haben in der Konsequenz aber die gleiche Wirkung. Da aber er die um Objektivität bemühten Medien, die in der Lage sind oder sein müssen, Ereignisse und Fakten vielseitig zu beleuchten, ist es wichtig, zu wissen wie es zu dieser Erscheinung kommt. Schon Ende der 60er Jahre hatte ich den Verdacht, daß unter den Medienmachern ein gruppenspezifischer Prozeß läuft, der unbewußt auf eine gegenseitige An-

passung hinwirkt. Es gibt täglich so viele Informationen und die Welt ist so unübersichtlich, daß Journalisten und Redakteure mit einem Beitrag völlig daneben liegen können. In dieser Situation ist es eben beruhigend, wenn Journalisten und Redakteure konkurrierender und anderer Medien die Dinge gleich oder ähnlich sehen. Es gibt aber sicher mehr Gründe wie z. B. die Arbeitsmarktsituation für Medienmitarbeiter, die Konzentration der Medien und der Druck, den das Rentabilitätsgebot auf die zu erreichende Auflage oder Einschaltquote auslöst. Nun kann man ja durchaus feststellen, daß beim Thema Schuldenkrise und Euro von den Medien versucht wird, die Probleme mit verschiedenen Sendeformaten und Beiträgen auszu-
leuchten. Man merkt aber doch, daß die Redakteure, Moderatoren und ihre Gäste oft genauso wenig den Durchblick haben wie unsere Parlamentarier. Selbstverständlich habe auch ich nicht den vollen Durch- und Überblick zu dem, was zu dem Komplex zu sagen ist. Viele Modelle und Analysen - besonders wenn sie mathematisch begründet sind - verstehe ich nicht. Ich verstehe aber soviel, daß die Vorgänge unnötig verkompliziert werden und einfache, effektive Lösungen deshalb nicht erwogen werden, weil sie eben einfach sind. Unsere Wirtschaftswissenschaftler und ihre Abkömmlinge in den Ministerien und Parlamenten sind so klug, daß ihnen das Einfache nicht mehr zugänglich ist. Wenn man bedenkt, daß die Demokratie eine Regierungsform ist, in der auch die Dummen mitwirken können, aber schon die durchschnittlich Begabten und Informierten - zu denen ich mich zähle - nicht mehr verstehen, was im Parlament beschlossen und von der Regierung ¹⁷durchgeführt wird. Wer sich das bewußt macht, der wird auch erkennen, von welcher Seite unsere Demokratie am meisten gefährdet wird.

Koch spricht auch davon, daß schon die großen Trommeln gerührt werden, die das „Ende der Euro-Zone“ ankündigen. Andere erhoffen sich noch einen Befreiungsschlag von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy. Hier schimmert schon wieder das Bild vom großen Führer durch und läßt ahnen, das der Glaube an demokratische Problemlösungsprozesse verloren geht oder schon verloren gegangen ist.

Aber Koch macht auch Mut:

Europa wird für alle Welt sichtbar am Rad drehen und Kurs nehmen auf mehr Stabilität, nicht mal eben, sondern dauerhaft. Der Euro bekäme handfeste Sicherungen verpasst, die zu verabreden Helmut Kohl und Francois Mitterrand versäumt hatten. Es wäre ein großer, ein historischer Schritt.

¹⁷ Wäre ja schön, wenn die Aussagen über *beschließen* und *ausführen* wenigstens stimmen würde. Mir erscheint der Bundestag immer mehr als eine Legitimationsmaschine für das, was die Regierung beschließt.

Und vorher heißt es:

In der kommenden Woche darf der
deutschen Kanzlerin und dem französischen Präsidenten um Himmels willen
kein Fehler passieren.

Bei dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy weiß man nicht, ob es ihm doch nur vorwiegend den Schutz der französischen Banken geht. Bei der deutschen Kanzlerin Angela Merkel kann man erkennen, daß sie sich noch gegen die Finanzierung der Schulden durch die Druckerpresse im Auftrag der EZB stemmt. Die Medienschreiber setzen aber schon darauf, daß die Kanzlerin weich wird oder gezwungen wird, weich zu werden. Aber woraus soll die Hoffnung sich nähren, daß die beiden und ihre jetzigen Berater in der Lage wären, keine Fehler zu machen. Es müßte doch vorher eine schlüssige Logik der angestrebten Maßnahmen oder Institution erkennbar sein. Abgesehen davon, daß kein schlüssiges Konzept sichtbar ist, stellt eine solche Allianz und Anmaßung ganz Europa diesen französisch-deutschen Stempel aufzudrücken eine weitere Außerkraftsetzung demokratischer Prinzipien in Europa da.

Aber den Zentralisten in der Politik, die schon lange dabei, sind die Idee von einem freien und friedlich Europa in ein bürokratisches Monster umzuformen, ist die jetzige Krise doch herzlich willkommen, können sie doch (scheinbar) begründen, daß die letzte Rettung in der Zentralisation der Entscheidungsmacht - besonders im Bereich der Finanzen - überlebenswichtig wäre. Alles Lüge: Die Besonderheit Europas ist die Vielfalt. Und diese Vielfalt ist auch so zu gestalten, daß sie sich erhalten und entwickeln kann.

Im Morning-Briefing des Handelsblattes ist von Gabor Steingart, Chefredakteur zu lesen:

Als der **Papst** kürzlich vor dem **Deutschen Bundestag** sprach, zitierte er den jungen König Salomon, der bei seiner Thronbesteigung von Gott eine Bitte freigestellt bekam. Der junge Herrscher erbat sich nicht Erfolg, Reichtum oder die Vernichtung der Feinde, sondern: "Verleih deinem Knecht ein hörendes Herz, damit er dein Volk zu regieren versteht". Als **Helmut Schmidt** gestern den **SPD-Parteitag** eröffnete, warb er für deutsche **Bescheidenheit** und europäische **Solidarität**: "**Europa braucht ein mitfühlendes Herz**". Der Parteitag feierte den 93-Jährigen mit Standing Ovationen. Wenn die SPD eine Kirche wäre, wäre Helmut Schmidt ihr Papst.

Das hörende Herz findet man unter den Politikern, die einen Zipfel Gestaltungsmacht errungen haben, wohl zu selten. Das liegt vielleicht daran, daß sich die Kandidaten mit dem hörenden Herzen, wie auch jene, die den Bürgern Freiheit ermöglichen wollen, in dem Selektions-

mechanismus - wie er jetzt besteht -, der vor dem Weg zu den höheren politischen Ämtern und Weihen zu durchschreiten ist, keine Chance haben. Bescheiden könnte Deutschland sein, wenn es genau wüßte, wo es ökonomisch herkommt, wo es steht und wo es hin will. Aber diese Voraussetzung kann ich nicht entdecken. In der jetzigen Situation, die eher von einer Massenpsychose als von Aufklärung gekennzeichnet ist, steht Bescheidenheit und Solidarität und Bescheidenheit eher für „Du Gans, lasse dich ausnehmen!“ und nicht für das mitfühlende und hörende Herz. Die Verwirrung in ökonomischen Fragen ist groß. Was hat die Wirtschaftswissenschaft seit der Befreiung vom Nationalsozialismus - die erst einmal eine Niederlage in Not und Verdammnis war - gekostet? Und was hat sie dafür geleistet? In den 60er Jahren hatte ich noch den Eindruck, daß Betriebswirte eher an dem individuellen Erfolg interessiert sind, die Volkswirte aber am kollektiven, an dem Wohl der Gesamtheit einer Gesellschaft oder der Menschheit. Aber wofür steht der Volkswirt (auch in der Kombination beider Sparten als Ökonom) heute?

An dieser Stelle wollte ich ein Zitat von Silvio Gesell zu Europa aus den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts einfügen, das ich vor Jahren in der Zeitschrift für Sozialökonomie gelesen habe und das sehr deutlich macht, wie die Idee von Europa auf Abwegen gekommen ist. Ich habe es nicht gefunden und daher bei Werner Onken, dem Redakteur der *Zeitschrift für Sozialökonomie* und dem Leiter für das Archiv für Geld- und Bodenreform¹⁸ angefragt. Da ich gehört hatte, daß er ein Buch mit Kernaussagen von Gesell veröffentlichen wolle, damit sich nicht jeder erst durch das achtzehn bändige Werk von Gesell arbeiten muß, um diese zu erfahren, habe ich gleich nach dem Stand des Vorhabens gefragt. Zum gesuchten Zitat verwies mich Onken zu den „Leseproben 15 / Freihandel und Internationales“ unter:

http://www.silvio-gesell.de/html/lp15_freihandel_-_internationa.html

Zu dem Buch schrieb Onken: „... das Buch mit den Gesell-Zitaten ist fertig, aber ich habe alle verfügbaren Exemplare an Professoren verschickt.“ Vom Gauke Verlag erhielt ich die Zusatzinformation: „1. Auflage (= Presse-Vorabauflage) erschienen - Angebot: Rest-Mängel-Expl. hiervon 9,90 € incl. Versandkosten 2. überarbeitete Auflage erscheint ca. Mitte/Ende Januar 2012: VKP 19,90“ mail@gauke.net | www.gauke.net

An dem Vorgang kann man einiges verdeutlichen: Ökonomisches Fehlverhalten wird – egal ob in der Natural- oder Geldwirtschaft – mit Ertragsminderung abgestraft. Dies ist bei Beamten, die sich Wirtschaftswissenschaftler nennen, nicht so. Diese können sich in Modellen und Erklärungen verlieren, die realpolitisch in die Irre und ins Verderben führen, ohne daß ihre ei-

¹⁸ http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html

gene Existenz – abgesehen von der Situation des totalen Zusammenbruchs – davon berührt wird. Sie können sich auch erlauben, konkurrierende oder bessere Modelle mit einem höheren Erklärungswert zu boykottieren oder andere durch Warnungen davon abhalten, sich mit ihnen zu beschäftigen. Beispiel: Ein Professor der Volkswirtschaftslehre gestand mir, er sei als Assistent auf Gesell gestoßen, ihm sei aber bedeutet worden, er solle den links liegen lassen, wenn ihm seine Karriere lieb sei. Bei Karl Walker – der ein Leben lang gegen die Hochburgen von Ignoranz und Vorurteilen angekämpft hat, las ich noch kürzlich, daß er mit einer Wirtschaftszeitung in Süddeutschland in ein gutes Gespräch gekommen sei. Ein Professor aus Berlin, der davon Kenntnis erhalten habe, sei extra per Flugzeug angereist und bei der Redaktion vorstellig geworden, um vor dem Walker zu warnen. Als Student an der Akademie für Wirtschaft und Politik ist es mir mit einigem Nachdruck gelungen, daß Karl Walker zur Demonstration seines von ihm entwickelten volkswirtschaftlichen Planspiels eingeladen wurde. Hinten herum habe ich dann erfahren, daß er nicht eingeladen wurde, um zu erkunden, was sein Planspiel leistet, sondern daß er „abgeschossen“ werden sollte. Auf diesem Hintergrund fiel mir bei Onkens Buch-an-Professoren-Aktion ein, was Walker vor Zeiten zu seiner eigenen Bücher-Verteil-Aktion geschrieben hatte. Er schrieb mir in einem Brief vom 22. 10. 1970:

Lieber Herr Abromeit !

Um Ihnen die Aufrechterhaltung des Kontaktes mit Dr. Achenbach zu erleichtern, sende ich Ihnen beigeschlossen ein Exempl. "Neue Europ. Währungsordnung".

Sorgen Sie wenigstens dafür, dass er etwas damit macht ! normalerweise soll man Bücher nicht verschenken ! – das hat regelmässig die Wirkung, dass sie nicht wichtig genommen werden. Nur was einer bezahlen muss, nimmt er wichtig.

Ich habe vor 8 Jahren eine Anzahl Exemplare an ausgesuchte Adressaten versandt; – sie haben nicht einmal alle den Empfang bestätigt ! (aber heute müßten sie wissen, was sie aus meinem Buch beizeiten hätten erfahren können.)

Herzliche Grüsse !

Ihr



Bei der Suche nach dem obigen Schreiben stieß ich auf ein Schreiben von Walker vom 19. 11. 1964. Daraus nachfolgender Ausschnitt:

Sehr geehrter Herr Abromeit !

Danke für Ihren Brief vom 7.11.64 nebst Anlagen.

Was Ihr Studium anbelangt würde ich sagen, dass es doch nur darauf ankommt, zu lernen, was wirklich ist, resp. die Ihnen nahegebrachten Theorien auf ihre Übereinstimmung mit der Realität kritisch zu prüfen. Da erübrigt es sich, speziell Freiwirtschaft zu studieren – wenn Sie aber von der freiwirtschaftlichen Literatur die Anregung zum kritischen Betrachten der Universitätswissenschaft bekommen, werden Sie immer gewinnen.

Meines Erachtens sollten Sie keine Propaganda für die Freiwirtschaftslehre an der Universität machen. Als Studierender müssen Sie sich über die Sache stellen und zunächst die Frage offen lassen, wer da recht haben mag. Das soll ja das Studium erst ergeben.

In einem anderen Schreiben sagt Walker sinngemäß: „Wir sollten uns nicht auf Gesell beziehen, sondern aus der Sache heraus argumentieren, sonst haben wir sowieso verloren.“ Das ist nicht nur eine Mahnung davor, etwas blind zu übernehmen, was Gesell geschrieben hat, sondern auch ein Hinweis auf die politische und akademische Tabuisierung von Gesell. Es genügt eben nicht nur, in der Sache recht zu haben, man muß politisch auch gelitten sein. Das war in der alten BRD nicht anders als in der DDR. Aber nochmals zu der Büchersendung an die Professoren und Walkers Mahnung: Walkers Ermahnungen halte ich heute auch noch für richtig und die Versendung von Büchern an Ökonomie-Professoren als vergebliche Aufklärungsmühe. Es sollte auch egal sein, ob ein Lehrender oder Student z. B. seine Ausgangsbasis bei Adam Smith, Karl Marx, bei John Maynard Keynes, Milton Friedman oder Silvio Gesell hat. Wie sollen Studenten die ihnen nahe gebrachte Theorie aber an der Wirklichkeit überprüfen, für deren Erfassung, häufig erst der durch konkurrierende Theorien geschärfte Blick notwendig ist, aber die Theorien, die das Hinterfragen ermöglichen, nicht vermittelt werden. Es wäre also sinnvoller, den Studenten alternative Theorien nahezubringen. Für eine solche Informationskampagne reichen aber die Mittel einer Ökonomieschule nicht, die nicht einmal ein halbes Dutzend bezahlte Arbeitsplätze schaffen kann. Es war ja schon ein Zeichen des Versagens der etablierten Ökonomie, daß in den 60er Jahren Sozialwissenschaftler der Ökonomie angrenzenden Disziplinen und ihre Studenten Zuflucht im Marxismus suchten. Zur Zeit kann man nur hoffen, daß eine neue Fluchtbewegung aus der theoretischen Ökonomie mit Bunkermentalität erfolgt. Hoffentlich erfolgt ein solcher Ausbruch diesmal nicht nur aus einem Impuls für mehr Gerechtigkeit (mit falschen Mitteln), sondern auch mit einer Zielrichtung die aus der institutionellen Gefangenschaft führen kann.

Die heutige Schuldenkrise und die Erokrise, die unmittelbar nichts miteinander zu tun haben,

haben eine lange Vorgeschichte, die weit über die Euro-Einführung hinausgeht. Ein Indiz dafür ist ein weiteres Schreiben von Karl Walker vom 6. 5. 1971, das er an den Chef der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes, Professor Joachimsen in das Bundeskanzleramt in Bonn mit einem > Entwurf einer Sonderregelung zum „Gesetz über Massnahmen zur Aussenwirtschaftlichen Absicherung“ < geschickt hat.

Sehr geehrter Herr Professor !

Vor längerer Zeit hatte ich einmal (als SPD-Mitglied) Herrn Prof. C. Chr. Schweitzer um eine Vermittlung gebeten, um gewisse Ergebnisse meiner wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen (in neuartigen Planspiel-Experimenten) zu Gehör zu bringen. Herr Prof. Schweitzer hat mir dann Ihren Namen genannt; ich habe damals aber keinen Gebrauch mehr davon gemacht, weil ich aus Pressenachrichten den Eindruck gewonnen habe, einer hoffnungslosen Konformität irregeleiteten Denkens gegenüberzustehen.- Ein Teil der Folgewirkungen dieses irrigen Denkens (aber vorerst nur ein Teil davon) liegt heute klar zutage.-

Aus den Anlagen ersehen Sie, dass es mich in diesen Tagen gedrängt hat, doch einmal etwas an zuständige Instanzen zu senden. Die Dinge haben sich zwar jetzt überstürzt und es wäre fast ein Wunder, wenn Prof. Schiller noch soviel Zeit zu einer konzentrierten Durchsicht meiner Einsendung finden würde, dass er den roten Faden erkennen könnte, der sich durch meinen Vorschlag zieht.

Was ich nun aber ausserdem Ihnen in der Anlage übersende, übersende ich mit der Bitte, es dem Herrn Bundeskanzler zugehen zu lassen. Im übrigen kann ich Ihnen aber nicht verhehlen, dass es mir im Rückblick auf meine Erfahrungen (ich bemühe mich seit 1960, die SPD auf die Beschäftigung mit der Währungsfrage hinzulenken !) mehr um die Beschwichtigung meines eigenen Verantwortungsgefühls als um die Erwartung geht, ernsthaft Gehör zu finden. - Der Apparat „Abt. Geld und Kredit“ ist einseitig falsch besetzt; es könnte nur noch sein, dass der Pragmatiker Brandt die Theorien vom Tisch fegt und einer Lösung den Vorzug gibt, die zwar auch ihre theoretische Grundlage hat, die aber dem gesunden Menschenverstand näher steht. Es ist möglicherweise die entscheidende Chance seiner Regierung. 6

In der bescheidenen Hoffnung, dass es Ihnen möglich sein wird, meiner Bitte nachzukommen, verbleibe ich

mit verbindlichem Dank !

Karl Walker

Wir freuen uns heutzutage, wenn uns die Medien vermitteln, daß in anderen Ländern mächtige Demonstrationen gegen Diktaturen entstehen. Der Aufstand gegen die Ökonomie des Wes-

tens, die sich auch zu einer strukturellen Diktatur entwickelt hat, wurde in den 60er Jahren fehlgeleitet, weil er eine Befreiung durch den Marxismus suchte, der in seiner Geschichte viele ideelle Unterstützung erfahren hat, aber letztlich doch nur neue Diktaturen zu Tage förderte. Die liberale und soziale Opposition gegen den Kapitalismus war immer unterbesetzt und hat vom politischen Liberalismus keine Unterstützung erfahren. Karl-Hermann Flach „Noch eine Chance für die Liberalen“ ist da wohl eine Ausnahme mit Sonderstellung. Inzwischen gibt es die Occupy-Bewegung. Wenn ich das richtig sehe, speist sich diese Bewegung bisher noch aus dem berechtigten Gefühl, man müsse gegen die ökonomischen Verwerfungen protestieren. Aber Proteste alleine schaffen die Probleme nicht aus der Welt. Und so wie eine größere Baumaßnahme mit einer Bauzeichnung und Statikberechnung beginnt, so muß auch ein ökonomischer Wandlungsprozeß und die angestrebte neue Ökonomie mit der theoretischen Durchdringung der Probleme beginnen. Es gibt aber keine Garantie dafür, daß die neue Opposition sich gangbaren Wegen verschreibt. Die Lage der Geldreformer – die bei allen wesentlichen Bewegungen aktiv war oder nebenher lief - ist betrüblich. Es ist nicht nur so, daß es Gruppen gibt, die wieder zur Goldwährung zurück wollen und den darin liegenden Sprengstoff nicht erkennen wollen oder können.¹⁹ Auch die auf Gesell fußenden Geld- und Bodenreformer sind inzwischen von der Verwirrung in der Geldtheorie erfaßt. Es ist ja auch nicht leicht, daß die Neuzugänge einfach ablegen, was sie sich vorher mühsam angeeignet haben. Hier geht es in den Auseinandersetzungen schwerpunktmäßig darum, ob Giralgeld Geld ist oder nur Forderungen auf Geld sind, also kurzfristiges Kapital sind und ob die Banken Geld schöpfen können oder nicht. Es ist auch nicht leicht zu verstehen, daß nicht alles Geld ist, womit man bezahlen kann. Die jeweiligen Folgerungen aus den Annahmen sind aber sehr verschieden. Ich gehöre zu denen, die sagen, daß Geld (also Bargeld) muß eindeutig vom Giralgeld (also von Forderungen auf Geld, die durch Einlagen oder eine Kreditgewährung entstehen) unterschieden werden. Auch können die Banken kein Geld schöpfen, denn wäre es so, hätten sie einen Zugriff auf Güter im Markt, ohne daß sie eine Gegenleistung erbringen müßten. Könnten Banken Geld schöpfen, müßten sie wie gewöhnliche Diebe verfolgt werden. Dieses Thema ist auch im Zusammenhang mit der angeblichen Euro-Rettung von Bedeutung. Sieht man, daß die Banken keinen Einfluß auf die Währungsstabilität haben, wenn die Zentralbank es nicht zuläßt, muß man sich auch nur halb so viel Gedanken um den Privatbankensektor machen. Aber hier haben wir wieder eine interessante und problematische Seite der Parlamente und Regierungen: Sie fördern Erkundungen auf den Mond und den Mars und auch

19 Siehe „Der Zusammenbruch der Goldwährung“ von Gustav Cassel, 1937 und auch der Buchtitel „ouro a reliquia barbara“ von Santiago Fernandes weist auf den Sprengstoff hin, der in einer Goldwährung liegt.

archäologische Erkundungen, um in die Vergangenheit vorzudringen. Aber die Probleme, die die ganze Welt täglich bedrängen, die werden nicht erforscht – sei es, weil man ihre Dimension nicht erkennt, weil man sich die Themen für ideologische Grabenkämpfe erhalten möchte oder weil mächtige Interessen die Verhältnisse nicht geändert haben möchten.

In der Berichterstattung über den Streit um die Nachfolge von EZB-Chef-Volkswirt Jürgen Stark der zurück tritt, wurde erwähnt, daß die Abteilung der EZB, der er vorsteht, 200 Mitarbeiter umfaßt. Wenn ich dann bedenke wie viele Ökonomen in den Ministerien, Instituten und Redaktionen hocken – aber offensichtlich nur innerhalb von Denkvorgaben forschen und agieren dürfen - frage ich mich, wie die kleine Zahl von Währungskritikern dagegen wirksam anschreiben sollen? Aber der Kampf um die Leitung der Abteilung läßt auch vermuten, daß der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der EZB auch Anweisungen geben kann, wie und was erarbeitet werden soll. Wer nur in Richtung *sachlich richtig* forschen will, hat in solchen Gremien wohl keine Chance. Und damit diese vermutete Vorgabe nicht zu ständigen Konflikten führt, gibt es bei der Anstellung des Personals schon ein entsprechende Selektion, die aber letztlich wie eine Zensur wirkt.

Im übrigen:

Eine Eilmeldung bei [FAZ.NET](http://www.faz.net) vom 9. 11. 2011 besagt, dass Jürgen Stark zurücktritt. Grund sei ein Zerwürfnis über die umstrittenen Staatsanleihenkäufe der EZB, heißt es aus seinem Umfeld. Stark wolle die Verantwortung für den Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB nicht länger mittragen, hieß es aus seinem Umfeld. Seit Mai 2010 hat die EZB für mehr als 130 Milliarden Euro Anleihen finanzschwacher Euroländer gekauft. Schon zu Beginn des Programms hatte Stark gemeinsam mit dem damaligen Bundesbankpräsidenten Axel Weber gegen den Ankauf gestimmt.

<http://www.zukunftskinder.org/?p=10581>

In der Beilage *Finanzen der Welt am Sonntag* vom 27. November lautet die Titelgeschichte:

Nichts als Illusionen / In der Euro-Schuldenkrise deuten sich radikale Lösungen an. Mit einem Inflationszauber könnte die Europäische Zentralbank die Verbindlichkeiten verschwinden lassen. Doch der Sparer zahlt die Vorstellung.

Und auf der Titelseite der gleichen Zeitung und Ausgabe unter

Geheimverhandlung / Merkel und Sarkozy gründen Klub der Super-Europäer / Deutschland und Frankreich planen einen neuen Stabilitätsvertrag für

sparwillige Euro-Staaten. Die Europäische Zentralbank soll sich dann stärker für die Krisenbekämpfung engagieren.

heißt es u.a.:

... Deutschland war bisher gegen ein dauerhaftes Eingreifen der Zentralbank. Die EZB kaufte bereits seit Beginn der Euro-Krise massenhaft Anleihen von Wackelkandidaten ...

... (hat) Zahlungsverpflichtungen bis 560 Milliarden Euro ...

... Eine solche monetäre Staatsfinanzierung ist mit der deutschen Stabilitätskultur nicht vereinbar. ...

... Die Bundesregierung wird jedoch nicht nur von ihren EU-Partnern unter Druck gesetzt. Es wird immer deutlicher, dass die Finanzmärkte den Europäern nicht mehr viel Zeit gewähren. ...

Im Morning-Briefing des Handelsblattes vom 1. Dezember heißt es:

Guten Morgen Herr Abromeit,

gestern war ein guter Tag für das krisengeplagte Europa: In einer gemeinsamen Aktion stellten die **weltweit wichtigsten Notenbanken** unseren Geschäftsbanken **unbegrenzt Liquidität** zur Verfügung. Es regnete Dollars. Von den tiefer liegenden Problemen - die Überschuldung Griechenlands, die zu hohe Verschuldung Italiens, die fehlende Fiskalunion, das mangelnde Vertrauen in die politische Elite Europas - ist damit keines gelöst. Aber immerhin haben die Politiker Zeit gewonnen, eine Lösung zu finden. "**Notenbanken kaufen Zeit**" lautet daher unsere Titelgeschichte. Zeit ist derzeit wertvoller als **Gold**.

Bei aller **Freude der Finanzmarktteilnehmer** über den warmen Geldregen teile ich doch die Einschätzungen unseres heutigen Kommentators, Norbert Häring, der auf [Handelsblatt Online](#) geschrieben hat: "Die Aktion der Zentralbanken zielt darauf ab, ein aufgeblähtes Bankensystem flüssig zu halten. Angesichts der derzeitigen Lage gibt es dazu kaum eine Alternative. Langfristig muss unser Geldsystem reformiert werden." Mein Kollege Häring kennt sich mit der Materie aus. Vor seinem Journalistenleben arbeitete er bei der **Commerzbank**.

„Langfristig muss unser Geldsystem reformiert werden.“ Gegen eine solche Reform haben sich die CDU, die CSU, die SPD, die FDP und die Grünen vehement gestemmt. Und die Linke sieht eher in dem untauglichen Mittel der Verstaatlichung der Banken ein Rezept. Wenn unsere Parteien auch nicht absichtlich die heutigen Zustände – die aktuell noch angereichert werden mit Alarmmeldungen von der Verteilungsfront – herbeigeführt haben, so doch aus schuldhaftem Unterlassen und Behinderungen von marktwirtschaftskonformen Lösungen.

Ich vernehme immer mehr Stimmen, die eine schnellere Gangart der Notenpresse für unver-

meidbar hält. In der Tat ist aber der Versuch, die Schuldenkrise mit Hilfe der Notenpresse zu lösen, staatlich organisierter Diebstahl und Betrug durch Geldfälscherei in großem Maßstab und ein Verfassungsbruch. Wenn dieser Weg so weiterverfolgt wird, sind die beteiligten Regierungsvertreter und Parlamentarier wie ganz gewöhnliche Kriminelle abzuurteilen und einzusperren oder die Staatsanwälte und Gerichte müssen aufhören die individuellen Geldfälscher und Diebe zu verfolgen und zu verurteilen. Jedermann muß dann das Recht auf Geldfälscherei erhalten. So wie man gegenüber einem Familienvater Milde walten lassen kann, der zum Dieb wird, weil er auf reelle Weise den Hunger seiner Kinder nicht stillen kann, so könnte man auch gegenüber den „Staatsmännern“ Milde walten lassen, die versuchen, mit der Notenpresse ihr Volk oder ihre Völker aus wirtschaftlicher Not zu retten. Aber der Betrug mit der Notenpresse ist nicht alternativlos, daher verdienen sie auch keine Milde, sondern nur Verachtung und mehr.

Bevor ich abschließend versuche ein paar Thesen zu formulieren, möchte ich wenigsten auf einen andern Schwachpunkt der Ökonomie hinweisen. Es scheint so, daß es für die Sozialwissenschaftler, darunter auch die Wirtschaftswissenschaften und zusätzlich die Rechtswissenschaft (von Werner Maihofer, einst Hochschullehrer und Bundesminister als Erfahrungswissenschaft zusammengefaßt) kein Problem mit dem Eigentum gibt, insbesondere scheint es für diese Wissenschaften kein Bodenrechtsproblem zu geben. Aber Sozialwissenschaften zu studieren und die Bodenrechtsproblematik nicht zu berühren, ist so wie ein christliches Theologiestudium ohne jemals Jesus zu erwähnen. Das Eigentum – sowohl das Gemein- wie das Privateigentum – ist für eine marktwirtschaftliche Ökonomie von zentraler Bedeutung und hier kann nicht so ideologisch und menschenfeindlich entschieden werden, wie im untergegangenen Sozialismus. Es gilt eindeutig zu beantworten, was Eigentum ist und welches Eigentum die Eigenschaft für das Privateigentum hat. Nicht nur Marx hat sich mit dem Eigentumsproblem rumgeschlagen. Pierre-Joseph Proudhon – sein Gegenspieler – z. B. auch. Aber es ist typisch für unsere wissenschaftlich-politische Unkultur, sein Werk „Theorie des Eigentums“, übersetzt von Lutz Roemheld mit einer Einleitung von Gerhard Senft, ist 2010 nicht in einem der großen Verlage erschienen, sondern in dem relativ kleinen Verlag für Sozialökonomie von Gauke. In einem Aufsatz des verunglückten Professors der Rechte und zeitweiliger Verfassungsrichters las ich, daß der Zins nicht durch Eigentumsgarantie des Grundgesetzes gedeckt ist. Wie kann nur trotz vielfältiger Hinweise auf die destruktive Wirkung – die nicht durch ein Zinsnahmeverbot aufgehoben werden kann – so berichtet werden, als handle es sich um ein Phänomen wie das Wetter.

Wir müssen einfach anerkennen, wenn wir die Menschen mit gleichen Rechten ausgestattet sehen und die Erde die Bedingung des menschlichen Lebens ist, daß dann auch alle Menschen den gleichen Anspruch auf die Erde haben. Da aber nicht alle Menschen die Erde in gleicher Weise und nicht jede Parzelle gleichzeitig nutzen können, ist ein Ausgleich zu schaffen. Das ist auch möglich. Die notwendigen Denkergebnisse liegen auch vor, z. B. mit dem Modell der unterschiedlich anfallenden Ressourcensteuer und die nach Abzug der Umweltschutzkosten pro Kopf an die Bevölkerung zurückverteilt wird.

Im kalten Krieg mit den kommunistischen Staaten konnte man noch ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, daß die großen Bodenreformbewegungen – deren Befürwortern auch Konrad Adenauer war und zu deren herausragenden Figur auch der Lieblingslehrer von Ludwig Erhard, nämlich Franz Oppenheimer, gehörte – verschwiegen wurde. Aber warum gab es in den zwei Jahrzehnten danach kein öffentliches Interesse, obwohl die Probleme in ihren vielfältigen Erscheinungsformen fast täglich in den Medien erwähnt werden.

Besonders bei den Rohstoffen vereinigen sich die Bodenrechtsprobleme mit den Geldproblemen zum Kapitalismus, der eben nicht identisch ist mit der Marktwirtschaft. Es gab schon immer Spannungen zwischen den Ländern, die Rohstoffe wie Kohle, Erze, Öl, Gas u.a. hatten und solchen die nichts hatten. Wer eine friedliche Welt will, muß anerkennen, daß diese Rohstoffe nicht Ergebnisse menschlicher Arbeit oder Leistung sind.²⁰ Und somit gehören die Erdschätze allen Menschen. Bei Silvio Gesell hört sich das z. B. so an:

... Die Erde gehört niemandem, auch nicht den Völkern,
auch nicht den Staaten. Die Erde, und mit ihr die Kohle,
gehört der Menschheit! Alle, ohne Ausnahme, alle Menschen
haben das gleiche Recht, sich mit Kohle dort zu versorgen,
wo die Kohle gewachsen ist. Uns spreche ich es gerade
aus: Es ist Leichtsinn, es ist Unsinn, von Frieden ... zu
reden, solange obiger Satz nicht zu einem allgemein anerkannten
Menschenrecht wird.

Aus: „Freikohle: die Formel für den Frieden in Oberschlesien“
Hier zitiert aus Fragen der Freiheit, Heft 261, Jan.-März 2002
> Ökologie – Ökonomie – Politik

Heute ist es so, daß die rohstoffarmen Länder den Reichtum der rohstoffrei-

²⁰ Aber die Förderung von Rohstoffen ist menschliche Leistung, auch wenn sie mit Maschinen erfolgt.


chen Länder dadurch erarbeiten, daß sie zum Monopol- oder Oligopolpreis ihren eigenen Mangel an Rohstoffen ausgleichen müssen. Die auf diese Weise reichgewordenen Länder können dann nicht nur ihrem Volk Wohltaten zukommen lassen, sondern ihren Überschuß als Kapitalanlage in den rohstoffarmen Ländern – wie Deutschland anlegen und so auch noch die Unternehmen – deren Werte immer noch durch Arbeit entstehen – erwerben und damit gleichzeitig einen Renditeanspruch. Das heißt aber, die arbeitenden Menschen in den rohstoffarmen Ländern werden die (Teil-)Sklaven der rohstoffreichen Länder. Eine wesentliche Entspannung der Verhältnisse wäre es schon, wenn es gelänge, den Renditeanspruch gegen Null zu fahren.

Und China mit seinen Devisenüberschüssen, die eigentlich den Chinesen gehören, die die Gegenwerte erarbeitet haben, sollen die großen Landaufkäufer in Afrika sein. Und die Europäer betteln zur Zeit bei der antidemokratischen Führung der Chinesen, daß diese doch bitte ihren (Teil-)Sklaven-Status mit ihren Euro- und Dollarüberschüssen ausbauen indem sie (faule) verbriefte Staatsschulden der europäischen Länder kaufen. Die Chinesen sind aber nicht dumm und sagen: „Wir kaufen lieber Eure Fabriken, die sind uns sicherer und wir haben den direkten Zugriff auf den Arbeitsertrag. Mit diesem Zugriff auf den Arbeitsertrag haben wir Erfahrung. Bei den Chinesen kann man studieren, daß sich die Ideologien vom Kapitalismus und Kommunismus gut ergänzen.

Es ist und bleibt aber eine Illusion, daß wir unsere sozialökonomischen Probleme mit dem Marxismus – wie er sich entwickelt hat – oder mit einem autarken, nationalen oder gar nationalsozialistischen Staat mit geschlossenen Grenzen lösen könnten. Dem Volk die Gründe dafür offen und ehrlich vorzutragen, wäre die beste Abwehr gegen Extremismus.

Fortsetzung auf der nächste Seite!

Siehe auch:

97.0  **Ist der Mindestlohn eine Sabotage der Marktwirtschaft?**
(17 Seiten / 274 KB)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/97.0%20MindestlohnNeinJa.pdf>

Thesen: Eine Zusammenfassung und der Hintergrund meiner ökonomischen Aussagen zur Euro- und Schuldenkrise

1. These

Die Euro- und Schuldenkrise ist weder ein Ereignis, das als von Gott gewollt dargestellt, noch eines, das aus der Natur abgeleitet werden kann. Das wir sie haben, ist das Ergebnis einer jahrzehnte dauernde Inkompetenz der Wirtschaftspolitik und der Tatsache, daß sich die Wirtschaftswissenschaft eine klare Analyse vom Komplex Geld und Währung mehrheitlich nicht erarbeitet hat.

2. These

Da die Preisstabilität einer Währung von einem (eingestellten) Gleichgewicht zwischen der von der Zentralbank ausgegebenen, im Umlauf befindlichen Geldmenge und der im Markt befindlichen Gütermenge abhängt, ist auch kein direkter Zusammenhang zwischen der Stabilität des Euros und der Verschuldung bzw. der Zahlungsunfähigkeit einzelner Staaten gegeben.

3. These

Die Preisniveaustabilität kann nur von der Zentralbank hergestellt und bewahrt werden, weil die Menge der Güter im Markt nicht unmittelbar beeinflußt werden kann. Diese Aussage gilt mit der Einschränkung, daß der Zentralbank die richtigen Instrumente zur Verfügung stehen und diese richtig angewendet werden.

4. These

Die Einfügung von Geld der Notenbank in den Geldkreislauf kann auch ohne Zinsen, die die Geschäftsbanken dafür zahlen müssen, erfolgen. Die Notenbank hat aber möglichst darauf zu achten, daß im Geldkreislaufsystem keiner zu Geld kommt, der nicht vorher eine Gegenleistung in den Markt eingebracht hat. Der Zins ist eindeutig eine Ausbeutungsrate der Arbeit. Er ist aber auch eindeutig ein Preis für die Überlassung von Liquidität. Das Fatale an dem jetzigen Geldsystem ist, das der Preis für die Überlassung von Liquidität auf Dauer nicht dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgen kann, in dem dieser Preis bei Sättigung des Kapitalmarktes sinkt und so die Umverteilung von Reich auf Arm stoppt.

Die Zinspolitik der Notenbank im jetzigen System ist marktwirtschaftlich gesehen auch verwerflich, weil diese Zinssätze für einen kleinen Teil der Gesamtgeldmenge einen Einfluß auf den gesamten Kreditmarkt haben und so auch Gleitklauseln für bestehende Kreditverträge aktivieren und neue Kredite verteuern, die sich aus vorhandenen Beständen gewährt werden und keinen Einfluß auf das Preisniveau haben.

5. These

Geld im Sinne einer Währung ist das gedruckte und geprägte Geld, für deren Herausgabe die Notenbank ein Monopol hat. Letztlich kann dieses Geld auch in digitaler Form herausgegeben werden. Es hat dann aber einen anderen Charakter und darf nicht mit dem sogenannten Giralgeld verwechselt werden.

6. These

Das Giralgeld, auch Buchgeld genannt ist kein Geld, es entsteht durch Einzahlungen der Kunden bei Banken. Es ist kurzfristiges Kapital und kann von den Banken auf andere Kunden als Kredit übertragen werden. Es ist deshalb auch unsinnig, Geld und Giralgeld (Kredit) je nach der Fristigkeit zu den Geldmengen M1, M2 und M3 zusammenzufassen.

Auch ist die Vorstellung, der Einzahler auf dem Girokonto und der Kreditnehmer der Geschäftsbank könnten über die gleiche Geldsumme gleichzeitig verfügen, irrig.

7. These

Die Zahlung im Rahmen des Giroverkehrs und auch mit der Scheckkarte erfolgt unter dem Vorbehalt, daß dem Begünstigten auch tatsächlich der ausgewiesene Betrag gutgeschrieben wird. Es ist jedes mal eine Übertragung von Forderungen auf Geld vom Schuldner / Käufer auf den Gläubiger / Verkäufer. Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat nur insofern einen Einfluß auf die Geldwertstabilität, weil er die Wege des Geldes verkürzt. Und dies wirkt wie eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit / der Umschlaghäufigkeit des Geldes. Mit einer vorhandenen in den Umlauf befindlichen Geldmenge lassen sich mit Hilfe des Giroverkehrs mehr Umsätze tätigen als ohne. Der Effekt kann aber nicht von Seiten der Geschäftsbanken berichtet werden, es sei denn, man würde den Giroverkehr verbieten, was unsinnig wäre. Für die Zentralbank ist es aber keine Schwierigkeit die erforderliche umlaufende Geldmenge dem jeweiligen Stand der Übertragungstechnik des Geldes anzupassen und so die Preisniveaustabilität zu sichern.

8. These

Die Schwierigkeit, die die Zentralbank mit der Mengenregulierung des Geldes hat, rühren daher, daß sie zwar bestimmen kann, wie viel Geld sie in den Verkehr gibt und die Menge auch jederzeit benennen kann. Sie weiß aber nicht, wie viel von dem herausgegebenen Geld auch tatsächlich das Preisniveau und die Nachfrage bestimmend umläuft. Gesteuert werden kann aber nur, was fließt. Daher wäre es wichtig, daß dem Geld eine Umlaufsicherung eingebaut würde, die weder die destruktive Wirkung einer jährlichen Inflationsrate hat noch auf den Zins als Belohnung für das In-den-Verkehr-bringen des Geldes angewiesen wäre. Die Umlaufsicherung des Geldes, für die mehrere technische Verfahren entwickelt wurden, macht es möglich, eine Inflationsrate von Null einzuhalten und eine Dauerkonjunktur zu sichern. Außerdem hat sie zur Folge, daß auch in Folge eines Absinkens des durchschnittlichen Zinssatzes unter 4 - 3 % das Geld seine Tauschfunktion aufrecht erhält.

9. These

Die Inflationierung einer Währung ohne gleichzeitige Bindung aller auf Geld lautenden Verträge an einem Index ist ein Staatsverbrechen. Ein gleiches Verbrechen ist, ein Zins- und Zinsezinsssystem aufrecht zu erhalten, daß mit mathematischer Logik immer wieder in den Zusammenbruch der Ökonomie und damit der Gesellschaft führen muß.

10. These

Die Messung der Preisniveaustabilität durch einen Preisindex oder durch mehrere Preisindices muß - da es ein Meß- und Kontrollinstrument ist - von der Notenbank und von der Regierung unabhängig sein und der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden. Die Methode der Preisstabilitätsmessung ist dem Volk plausibel zu erklären. Gesetzlich nicht vorgesehene Manipulationen des Indexverfahrens sind strafrechtlich zu verfolgen.

11. These

Der Notenbank steht in einem demokratisch verfaßten Staat kein Recht auf Politik zu. Um das zu erreichen, bedarf es einen klaren Auftrag und ein eindeutiges Regelwerk für die Notenbank. Jedes der heutigen Notenbankinstrumente ist auf seine Wirkung hin zu überprüfen. Sicher ist jetzt schon, daß die Notenbank nicht länger in den Devisenmarkt intervenieren darf (und damit der Spekulation gute Vorlagen gibt). Eine Notenbank kann nicht gleichzeitig die Geldwertstabilität und die Wechselkursstabilität realisieren. Stabile Wechselkurse können nur

das Ergebnis von stabilen Währungen der beteiligten Länder sein.

12. These

Der Tendenz, den verbotenen Zugriff des Staates bzw. der Staaten auf die Notenpresse aufzuweichen, muß mit Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof entgegen gewirkt werden.

Das Gleiche gilt für die Einflußnahme der Politik auf die Notenbankleitung. Der gesetzliche Weg der Notenbankgestaltung bleibt davon unbetroffen.

13. These

Die Idee, die Zentralbank als eine vierte Gewalt zu etablieren, halte ich mit unübersehbaren Komplikationen verbunden und die damit angestrebten Ziele sind auch anders zu erreichen.

14. These

Die Idee aus dem Giralgeld - das kein Geld ist - Vollgeld zu machen - also voll mit Bargeld zu hinterlegen - halte ich für irrig..

15. These

Es entspricht der Idee der Marktwirtschaft, in der der Wettbewerb eine zentrale Rolle spielt, auch für die Währung in einem Lande oder Wirtschaftsraum wie den von Europa auch für die Währung eine Wettbewerbssituation zu schaffen. Die Idee hat prominente Befürworter - wie Friedrich August von Hayek. ([://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_August_von_Hayek](http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_August_von_Hayek)).

Diese Idee läßt sich aber nicht mit einer Währung realisieren, wie wir sie heute haben, in der der Wert von Banknoten und Geldmünzen nicht durch ihren "inneren Wert" bestimmt wird, sondern nur durch ihre Funktion und die kontrollierte Mengenbegrenzung. Ein konkurrierendes Währungssystem in einem Wirtschaftsraum müßte auf Waren (Edelmetalle oder auch Zigaretten, wie nach dem Krieg) aufbauen. Waren haben aber je nach Angebot und Nachfrage einen schwankenden Preis. Eine Preisniveaustabilität in einem solchen System bliebe eine Illusion. Hinzukommt, daß mit der Anzahl der Währungen in einem Wirtschaftsraum die Anzahl der Wechselkurse im Verhältnis der Austauschmöglichkeiten steigt. Wir hätten letztlich eine Situation wie in der Vergangenheit jeder Fürst in den Kleinstaaten eine eigene Währung hätte. Der ökonomische Austausch in Deutschland und Europa würde gelähmt und erschwert.

16. These

Eine Doppelwährung²¹ ist im Prinzip möglich, wenn sie im Rahmen bestimmter Prinzipien, wie sie Gesell z. B. mit dem Modell der Internationalen Valuta Assoziation (IVA) vorgestellt und konzipiert hat, realisiert wird. Es wäre also durchaus möglich neben dem Euro die DM, die Drachme, den Franken, die Krone usw. laufen zu lassen. Die nationalen Währungen und der Euro stünden aber nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern in einem Funktionszusammenhang. Diese Konstruktion - die vor der Einführung des jetzigen Euros sinnvoll gewesen wäre, ist aber jetzt nicht mehr nötig, wenn der Euro in seiner Funktionsfähigkeit ausgebaut wird. Jetzt sollte man sich ein solches Projekt für die Weltwirtschaft vornehmen. Es ist aber eine Täuschung, wenn immer wieder behauptet wird, daß sich schwache Länder mit einer eigenen Währung durch die dann möglichen Abwertungen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen könnten. Eine administrativ vorgenommene Abwertung einer Währung, die eine künstliche Abweichung von der Kaufkraftparität einer Währung zu anderen darstellt, ist nur in einem System fixierter Wechselkurse möglich, in der die betreffende Notenbank verpflichtet ist, Devisen zu einem überhöhten Zwangskurs anzukaufen. Die Folge ist dann, daß die für die Preisniveaustabilität erforderliche Geldmenge nicht mehr eingehalten werden kann. Der Vorteil der Exportwirtschaft und der ausländischen Investoren müssen in der Hauptsache über die Inflationierung der Binnenwährung jene bezahlen, die davon keinen Nutzen haben.

17. These

Für die Alternativ- oder Regionalwährungen gilt auch das, was in der 13. These gesagt wurde. Richtig ist: Wenn die erfolgreichen Experimente vor der Hitlerzeit nicht obrigkeitsstaatlich abgewürgt worden, sondern geduldet, gefördert und wissenschaftlich ausgewertet worden wären, dann hätte die offizielle Währungspolitik einen Handlungsrahmen erhalten können, der uns Hitler erspart hätte. Solange das Volumen des Umsatzes in Regionalwährungen im Verhältnis zum Euro nur so gering ist oder das Volumen der herausgegebenen Alternativwährungen durch Stilllegung von Euro-Noten kompensiert wird, sind sie für die offizielle Währung keine Beeinträchtigung. Es wäre mehr als unklug, die heutigen Versuche mit Regionalwährungen von staatlicher Seite erneut zu unterbinden. Denn erstens sind diese praktischen Versuche ein gutes Beobachtungsfeld für die wissenschaftliche Forschung und zweitens wächst hier eine große Zahl von aktiven Bürgern heran, die etwas von den Geldzusammenhängen verste-

²¹ Eine solche Möglichkeit wurde vom 19. - 20. November 2011 unter dem Thema "Vom Regiogeld zum nationalen Parallelgeld / Ein Beispiel: die griechische Drachme" in einer Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung (www.SffO.de) verhandelt.

hen lernen und so dazu beitragen, daß unsere heutige Gesellschaft nicht wie in der Weimarer Republik von der (sich demokratisch verstehenden) Politik in die Irre und ins Verderben geführt werden kann.

18. These

Die erhoffte und zgedachte Funktion der Transaktionssteuer, die aber eher eine zusätzliche Steuer und nicht ein Steuerungsinstrument sein wird, erfüllt ganz nebenbei eine Umlaufsicherung des Geldes nach dem von Gesell vorgeschlagenen Prinzip, weil diese das kurzfristige Kapital - mit dem vor allem spekuliert wird - in langfristige Anlagen drängt und damit die Spekulationsmasse verringert.

19. These

Der Zusammenhang zwischen der Stabilität einer Währung und der Verschuldung einzelner Staaten wird erst von der Politik hergestellt, wenn diese die Zentralbanken veranlaßt ohne Rücksicht auf die für die Preisniveaustabilität notwendige Geldmenge Schuldtitel gegen zusätzliches Geld anzukaufen und so die Voraussetzung für eine inflationäre Entwicklung schafft.

20. These

Die Funktionsfähigkeit einer Währung wird genauso wenig von der Zahlungsunfähigkeit eines Staates beeinträchtigt wie von einem Konkurs eines Konzerns. Es sei denn, die Funktionsunfähigkeit wird durch die Politik durch falsche Entscheidung hergestellt.

21. These

Ein in Konkurs gegangener Staat bleibt funktionsfähig, solange die Währung funktionsfähig ist. Selbstverständlich wird es im Übergang schwierig, weil nur noch über die Finanzen aus den Steuereinnahmen verfügt werden kann und der Weg der Finanzierung über den Kredit versperrt sein wird. Es ist eigentlich eine Situation mit einer idealen Verschuldungsbremse, besser als jede, die nur in der Verfassung steht und für die die Politik einen Umgehungsweg findet.

22. These

Der Konkurs eines überschuldeten Staates kann auch dadurch vermieden werden, daß die Zinsen gestrichen und die Tilgung gestreckt wird. Es müßte dann eine Institution eingeschaltet

werden, die als neutraler Schuldenverwalter zwischen dem Schuldnerland und den Gläubigern fungiert. Die weiteren Folgen für den Staat als möglicher Kreditnehmer wären, daß er als Kreditnehmer schlechte Karten bekäme. Der Vorteil würde sein, daß er es nicht unmittelbar mit einer wirtschaftlichen Entmündigung durch andere Staaten und internationale Institutionen zu tun hätte. Der Vorteil für die Kreditgeber wäre, daß sie ihre Forderungen nicht oder nicht ganz abschreiben müßten.

23.. These

Ein Staat, der Konkurs gemacht hat, hat aber immer noch die Möglichkeit, Großprojekte durch den Verkauf von Anteilseigentum daran zu finanzieren. Dieses Anteilseigentum kann so gestaltet werden, daß es der Spekulation an der Börse entzogen wird und als gute Vorsorge z. B. für das Alter seinen Reiz hat. Solche Geldanlagen hätten gleichzeitig die Wirkung, daß der Spekulation Masse entzogen würde. Denn das Börsengeschehen - ursprünglich eine Möglichkeit der Beschaffung von Finanzierungsmittel der Realwirtschaft - wird ja nicht nur angetrieben von einem spekulativen Gewinnspielverhalten, sondern einfach von dem Bemühen, dem Ersparten seinen Wert zu erhalten.

24. These

Es stimmt schon, daß mit den gemeinsamen Eurobonds (Schuldverschreibungen) von Staaten mit unterschiedlicher Bonität, diese sich mit einem mittleren Zinssatz für Staatsanleihen am Markt durchsetzen können. Die Staaten mit schlechter Bonität hätten zu Lasten der Staaten mit besserer Bonität einen Vorteil. Auf Europa gemünzt könnte man aber genauso gut fordern, die Sozialhilfeempfänger in den Ländern, die mehr Sozialhilfe erhalten wie die in anderen Ländern, sollen ihre Bezüge mitteln. Auf der staatlichen, ökonomischen Ebene hätten diese Bonds die Wirkung wie der Finanzausgleich zwischen den Bundesländern. Die tüchtig wirtschaftenden werden bestraft, die schlecht wirtschaftenden werden belohnt. Die aber noch negativere Wirkung bei uns wäre, daß das ganze Zinsniveau gehoben und die Konzentration des Reichtums beschleunigt würde. Eine Erhöhung der Spitzensteuersätze - wie sie die SPD und die Grünen planen - würde daran wenig ändern. Wenn wir aber bedenken, daß der Zinsanteil, der durchschnittlich in allen Preisen steckt schon jetzt zwischen 30 und 40 % beträgt, dann kommt es darauf an, die Zinslast zu reduzieren, damit die wirtschaftlich aktive Generation nicht von den Kosten der nachwachsenden und aus dem Arbeitsprozeß ausgestiegenen Generation erdrückt wird. Auch die Kürzung von Sozialleistungen und Renten läßt sich bei einem heruntergefahrenen Zinsniveau leichter von den Betroffenen verkraften.

25. These

Die Verschuldung der Staaten hat nicht nur ihre Ursache darin, daß Politiker den Wählern nicht gleich die Rechnung für die Wahlgeschenke mittels Steuererhöhungen präsentieren müssen, sondern auch in den Fehlern im Geldsystem. Festgestellt werden kann, daß die klassische Annahme, Einkommen würde auch automatisch zur Nachfrage und somit die Vollbeschäftigung erzeugen, nicht zutrifft. Keynes - und vor ihm Gesell²² - hat genau beschrieben, warum das mit dem Fall der Profitrate, die sich nach einer längeren Phase der Vollbeschäftigung und Sättigung des Kapitalmarktes einstellt, nicht der Fall ist. Die Stichworte sind hier *Liquiditätsfalle* und *Hortung des Geldes*. Keynes Lösung des Problems war das deficit spending, das aber - je nach Ausprägung - in die Inflation oder - nicht aus theoretischen sondern aus realpolitischen Gründen - in die Staatsverschuldung führt. Gesells Methode der Umlaufsicherung des Geldes respektiert dagegen die legitimen Ansprüche des brachliegenden Geldes auf Güter im Markt, schafft kein neues illegitimes Geld, zwingt den Staat nicht zur Verschuldung, sondern macht nur das brachliegende Geld, das den Gütertausch blockiert, Beine.

26. These

Bei allen Betrachtungen über die Themen *Währung* und *Geld* darf nicht vergessen werden, daß alle Werte, die über das Geld vermittelt werden, in der Realwirtschaft erarbeitet werden müssen. Auch der Zins - eine Abgabe der Arbeit an das Kapital - wird nicht vom Geld - wie es bisher war - erzeugt, sondern erzwungen. Wenn es heißt "Geld regiert die Welt" - ein Ausdruck für die Herrschaft, die das Geld bisher ermöglicht, heißt das nur, daß der Mensch, der über Geld verfügt, dem Menschen überlegen ist, der es braucht. Es schafft so Abhängigkeitsverhältnisse, die auf den Märkten und an den Arbeitsplätzen in den Unternehmen und Behörden ihren Ausdruck finden und den Grundwertekatalog zu einer politischen Illusion macht. Das Geld, das erst eine hochgradige Arbeitsteilung und in Folge eine kulturelle Entwicklung möglich macht, muß seinen herrschenden Charakter zu Gunsten eines dienenden verlieren. Dies ist nur möglich, wenn es seine staatischen zu Gunsten seiner dynamisch-kybernetischen

22 In einem E-Mail von Georg Otto, der sich viel mit Karl Marx auseinandergesetzt hat, heißt es, daß er Seminare Vorträge zum folgenden Thema anbietet. „Hat Karl Marx die Geldanalyse für die Geldtherapie von Silvio Gesell geliefert?“ Ein Hinweis darauf, daß die Ablehnung der Freiwirtschaft durch die Marxisten nur darauf beruht, daß sie Marx einseitig interpretiert haben. Aber wenn Marx der Inspirator für Gesell war - diese Annahme entspricht nicht der Selbstauskunft Gesells -, dann ist laut Santiago Fernandes (Teilnehmer für Brasilien an der vielzitierten Bretton Woods-Tagung) der Franzose Boisguillebert, der Inspirator von Marx gewesen. Boisguillebert hat das bestehende Geld schon als kriminell beschrieben und forderte ein Geld, das wie ein perpetuum mobile funktioniert. Wenn man bedenkt, daß Boisguillebert von 1646 bis 1714 lebte, kann man sich vorstellen, wie langsam die Fortschritte in der Währungstheorie und -politik sich durchsetzen. Siehe Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 49 und http://de.wikipedia.org/wiki/Pierre_Le_Pesant_de_Boisguillebert

Momente verliert und damit zu einem fließenden Medium wird.

27. These

Die Blockierung der über hundert Jahre alten Lösungsvorschläge unserer Währungs- und sozialökonomischen Probleme durch die staatlich finanzierte und organisierte Wissenschaft und durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik trägt Züge der Verneinung all dessen, was an Werten in feierlichen, ernsten Stunden des Deutschen Bundestages und der Universitäten beschworen wird. Nirgendwo ist der Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis, dem proklamierten Anspruch und der Wirklichkeit so groß wie in dem Bereich des Geldwesens.

28. These

Eine These ist noch kein Richtigkeits- oder Wahrheitsbeweis. Es wurden aber keine Glaubenssätze vorgetragen, sondern überprüfbare Aussagen, die von vielen Köpfen in vielen Generationen überprüft wurden. T.A.

oooooooooooooooooooo

Siehe auch:

GLASNOST und PERESTROIKA
in der
WÄHRUNGSPOLITIK
Anmerkungen und Anfragen
zur Währungsverfassung und den Wirkungen
der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat -
von
Tristan Abromeit
Mardorf am Steinhuder Meer im Oktober 1989

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.0%20Glasnost%20BB%20Haupttext.pdf>

und

Öffentliche Petition Nr. 8

2-16-08-600-003506

„konstruktive Umlaufsicherung“

von Adolf Holland-Cunz

Meine „Hilfestellung bei der Bewertung ...“ vom 6. 12. 2005

Ihre Nachricht vom 27. 9. 2006

Umbenennung des Tages der deutschen Einheit

in Tag der Denkblockade des Deutschen Bundestages

Eine Rückmeldung und Themenbewältigung in vier Ansätzen

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/37.3%20Denkblockade%20des%20PT%20und%20BT%204.2.%2006%20Frau%20Naumann.pdf>